

Unter anderem in dieser Ausgabe:

**CUBA SÍ: WIRTSCHAFTSBLOCKADE GEGEN KUBA BEENDEN** S. 4-5

**PARTEIENTWICKLUNG: BEITRAG VON MICHAEL BRIE** S. 10-11

**ROSAS SALON: GEDANKENSPLITTER ZU IMMANUEL KANT** S. 12-13

**ARMUT: STIGMATISIERT UND PROBLEMATISIERT** S. 15-16

Veranstaltungstipp

### 1. Tagung 9. Stadtparteitag

Am 28. September findet ab 9:30 Uhr die 1. Tagung des 9. Stadtparteitages im Felsenkeller statt. Auf dieser wird unter anderem ein neuer Stadtvorstand gewählt. Weitere Infos auf ...

Seite 16

# Mitteilungsblatt

Sommer 2024

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig



Wahlkampfauftritt an der Sachsenbrücke im Clara-Zetkin-Park, 18. Juli 2024

Photo: Johannes Schmitz

## Direktmandate für Die Linke in Leipzig!

### Kurz und bündig

Die Linke will in Leipzig bei der Landtagswahl am 1. September mindestens drei Direktmandate erringen. Juliane Nagel verteidigt ihr Mandat im Leipziger Süden (WK 28/Leipzig 4). Marco Böhme, bislang über die Linke-Landesliste in den Landtag eingezogen, kämpft um den Leipziger inneren Westen (WK 30/Leipzig 6). Nam Duy Nguyen tritt als neuer Kandidat in Leipzig Mitte-Ost (WK 25/Leipzig 1) an.

Marco Böhme ist auf Listenplatz 8, Juliane Nagel und Nam Duy Nguyen sind nicht auf der Landesliste. Damit alle drei Leipzig vertreten können, müssen sie direkt gewählt werden.

### Die Stimmen der Bürger\*innen

Für die Landtagswahl haben die Bürger\*innen wie zur Bundestagswahl zwei Stimmen. Mit der Direkt- oder auch Erststimme genannt, wählen sie eine\*n Kandidat\*in direkt für den Wahlkreis: Die Person mit den meisten Stimmen aller Kandidierenden zieht direkt in den Landtag ein. Mit der Zweitstimme wählen sie eine Partei: Bei über 5 % zieht die Partei mit den entsprechenden Kandidat\*innen der Landesliste in den Landtag ein.

Wie auch bei der Bundestagswahl gibt es in Sachsen eine Grundmandatsklausel: Erhält eine Partei landesweit mindestens zwei Direktmandate, so zieht die Partei in den Land-

tag ein, auch wenn diese landesweit unter 5 % lag. Zwei Direktmandate sind also für kleinere Parteien eine Lebensversicherung. Sie verhindern zugleich, dass große Parteien wie CDU und AfD noch mehr Sitze im Landtag erhalten, als ihnen nach prozentualem Stimmenanteil zustehen. Das zeigt auch die Mächtigkeit und Relevanz der Direktstimmen in Leipzig: So sorgt man mit der eigenen Stimme nicht nur dafür, dass eine bestimmte Person in den Landtag einzieht, sondern kann sogar dazu sorgen, dass deren Partei als Fraktion im Landtag vertreten ist.

### Die Zahlen

Die Linke ist in Leipzig eine starke politische

Fortsetzung auf Seite 2

## Sprechstunden & Sozialberatung

### Die Linke vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden  
und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

#### Sprechstunden:

- Di., 3. September 2024, 16:30 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

#### Sozialberatungen:

- Hilfe Telefon 0174-41471385 Kontaktiert uns per SMS oder mit WhatsApp, Signal oder Telegram.
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden 1., 3. und 5. Mi., 17:00 Uhr, Solidarische Beratung im Stadtteil, Stannebeinplatz 11, Mail: sozialberatung-no@dielinke-leipzig.de

#### Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr linXXnet, Brandstraße 15

#### Vereinsberatung:

- auf Anfrage: prinzessin@linxx.net

#### Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung: Mi. 11. September 2024, 18:00 Uhr, R 270, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: Mi. 18. September 2024, 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil): Do. 19. September 2024, 16:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

Kraft. Sie schneidet bei den Erststimmen regelmäßig noch besser ab als bei den Zweitstimmen. So hat sie mit Sören Pellmann bei den Bundestagswahlen 2021 erneut das Direktmandat im Leipziger Süden gewonnen. Auch Juliane Nagel konnte bereits zwei Mal das Direktmandat in ihrem Landtagswahlkreis holen. Marco Böhme unterlag 2019 nur knapp seiner Konkurrentin im Wahlkreis. Wenn man die Erststimmen-Ergebnisse der Bundestagswahl (2021) auf die jeweiligen aktuellen Wahlkreise der Landtagswahl 2024 herunterbricht, so hat Die Linke in allen drei genannten Landtagswahlkreisen gewonnen:

In den Ortsteilen, die zum Landtagswahlkreis WK25/Leipzig 1 (Mitte) gehören, wurde Die Linke bei den Erststimmen mit 26,4 % stärkste Kraft, vor den Grünen mit 23,9 %. Im WK30/Leipzig 6 (innerer Westen) lag sie mit 25,1 % gegenüber 22,3 % bei Grünen vorne.

Im WK28/Leipzig 4 (Süden) kam sie gar auf 29 %, zweitplatziert waren die Grünen mit 18,2 %. Dieses Mandat hatte Juliane Nagel bereits zur Landtagswahl 2019 direkt gewonnen, mit 28,7 % vor der CDU (20,5 %).

**Das zeigt: Die Linke kann diese Wahlkreise gewinnen!**



## Kommunalwahlkampf im Wahlkreis 6

**Marianne Küng-Vildebrand** Grünauer Ergebnis kann sich sehen lassen - Sören Pellmann mit den meisten Stimmen im Wahlkreis

Der Stadtbezirksverband West hat sich für die Europa- und Kommunalwahl viel vorgenommen, bereits Wochen vor der Wahl organisierte Sören Pellmann mit seinen Genossinnen ein Aktivcamp, um über Aktionen und neuen Wahlkampfideen zu diskutieren. Viel Organisationsdetails mit konkreten Aktionen und Verantwortlichkeiten konnten so lange vor der Wahl bei Bratwurst und Bier erklärt werden, sodass die Genossinnen mit viel Schwung den bevorstehenden Wahlkampf angingen.

Die Zielsetzung war klar, man wollte vor allem in der Kommunalwahl das Ergebnis der letzten Stadtratswahl halten. So ein Wahlkampf wie diesmal habe ich noch nicht erlebt! Der Aufwand und das Engagement der Genossinnen waren herausragend! Alle Wahlumfragen vorab für Die Linke waren verheerend, die Zustimmung für unsere Partei ist seit der Wende noch nie so tief gewesen. Doch die Genossinnen sagten sich: Jetzt erst recht!

Und der Aufwand hat sich gelohnt. Keine Straße in Grünau war zu finden ohne ein Plakat der Linken oder deren Kandidatinnen. Die Präsenz der Linken im Stadtteil war omnipräsent, keiner konnte ohne den Blick auf ein Plakat zu werfen durch den Stadtteil gehen. Insgesamt mehrere Zehntausend Personenflyer, Leipzig konkret, Wahlprogramme und viele weitere Materialien haben die Genossinnen in die Briefkästen gelegt.

Seit Herbst 2023 wurden im Wahlkreis regelmäßig monatlich eine Postkarte zu unterschiedlichen Themen in alle Briefkästen verteilt. Kinderfeste wurden organisiert und über Plakate beworben. Von Anfang Mai bis zum 8. Juni führte Sören Pellmann und die Kandidatinnen in Grünau 47 Infostände durch, Sören war an allen persönlich vor Ort dabei. Seine Motivation war ansteckend und hat die Teams durch die anstrengenden Tage mitgezogen. Am Ende waren alle ziemlich erschöpft, aber auch stolz über die gemeinsam geleistete Arbeit.



Das Ergebnis kann sich sehen lassen, trotz schlechten Bundes- und Landestrends und neuen starken Akteuren, wie das Bündnis Sahra Wagenknet oder die weiter erstarkenden AfD, konnte Sören Pellmann die meisten Stimmen aller Kandidatinnen in Grünau ziehen. Die politische Konkurrenz ist stark, aber Sören hat sich für Die Linke behauptet. Für diese Leistung kann

man ihm nur gratulieren! Unsere Stadtratsfraktion ist mit einem Stadtrat weniger als die CDU, die zweitstärkste Fraktion. Das ist eine tolle Leistung!

Und die Genossinnen in Grünau, die sich als Kandidatinnen stellten oder Material verteilten und in Briefkästen legten, Tag und Nacht Plakate hingen oder an den Infoständen mit den Menschen ins Gespräch kamen, alle jenen ist ein besonderes Lob und Dank auszusprechen!



**Nam Duy Nguyen** **Juliane Nagel**

**& Marco Böhme**

**holen das Direktmandat!**

- ▶▶ Juliane Nagel verteidigt ihr Mandat im Leipziger Süden (WK 28/ Leipzig 4).
- ▶▶ Marco Böhme, bislang über die Linke-Landesliste in den Landtag eingezogen, kämpft um den Leipziger inneren Westen (WK 30/ Leipzig 6).
- ▶▶ Nam Duy Nguyen tritt als neuer Kandidat in Leipzig Mitte-Ost (WK 25/ Leipzig 1) an.

Marco Böhme ist auf Listenplatz 8, Juliane Nagel und Nam Duy Nguyen sind nicht auf der Landesliste. Damit alle drei Leipzig vertreten können, müssen sie direkt gewählt werden.

Gerade in Sachsen und in Zeiten wie diesen wird Die Linke im Landtag mehr gebraucht denn je! Als antifaschistische Kraft, als Partei für bezahlbares Wohnen und als die einzige verlässliche Stimme, die Kapitalismus und Profitstreben etwas entgegenhält.

**Du willst mit uns dafür kämpfen? So kannst du uns kontaktieren.**

**Landtagswahl am 1.9.**

**3 Linke Direktmandate**

**in Leipzig sind möglich!**

Wahlkreis 25 / Leipzig 1 (Mitte): **Nam Duy Nguyen**

Mail: namduy.nguyen@dielinke-leipzig.de  
Webseite: namduynguyen.de  
Instagram: @namduynguyen\_

Wahlkreis 28 / Leipzig 4 (Süden): **Juliane Nagel**

Mail: juliane.nagel@linxxnet.de  
Webseite: jule.linxxnet.de  
Instagram: @jule.r.nagel

Wahlkreis 30 / Leipzig 6 (innerer Westen): **Marco Böhme**

Mail: marco.boehme@dielinke-sachsen.de  
Webseite: marco.linxxnet.de  
Instagram: @boheniaa

**Die Linke**

## Die Macht der eigenen Stimme

Bei der Landtagswahl am 1. September 2024 gibt es wie zur Bundestagswahl zwei Stimmen. Mit der Direkt- bzw. Erststimme genannt, wählt ihr eine Person direkt für den Wahlkreis: Die Person mit den meisten Stimmen aller Kandidierenden zieht direkt in den Landtag ein. Mit der Zweitstimme wählt ihr eine Partei: Ab 5% zieht die Partei mit ihren Kandidierenden der sogenannten Landesliste in den Landtag ein.

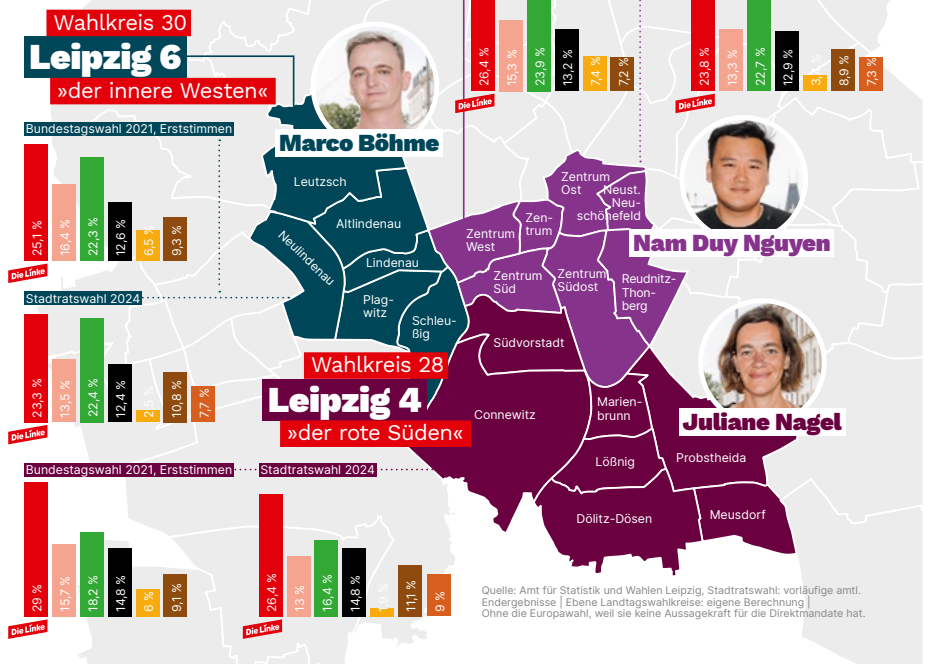
**Wie auch bei der Bundestagswahl gibt es in Sachsen eine Grundmandatsklausel: Erhält eine Partei landesweit mindestens zwei Direktmandate, so zieht die Partei in den Landtag ein, auch wenn sie landesweit unter 5% liegt.**

Genug Direktmandate sind also für kleinere Parteien eine Lebensversicherung. Sie verhindern zugleich, dass große Parteien wie CDU und AfD noch mehr Sitze im Landtag erhalten, als ihnen nach prozentualen Stimmenanteil zustehen. Das zeigt auch die Mächtigkeit und Relevanz der Direktstimmen in Leipzig: So sorgt man mit der eigenen Stimme nicht nur dafür, dass eine bestimmte Person in den Landtag einzieht, sondern kann sogar dazu beitragen, dass deren Partei als Fraktion im Landtag vertreten ist.

**Drei Direktmandate sichern Die Linke Landtagsfraktion!**

## Darum sind drei Direktmandate möglich

Bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021 gewann Sören Pellmann das Direktmandat im Leipziger Süden. Zu den Landtagswahlen 2014 und 2019 konnte Juliane Nagel den Wahlkreis Leipzig 4 (Süd) gewinnen. Diesmal kann Die Linke auch in zwei weiteren Wahlkreisen das Direktmandat holen. Das zeigen die Ergebnisse der letzten Wahlen, zusammengerechnet für die aktuellen Landtagswahlkreise:



# Unblock Cuba

**AG Cuba Sí, Regionalgruppe Leipzig** Im Juni 2024 wurde erneut zu einer weltweiten Kampagne für das Ende der völkerrechtswidrigen, verbrecherischen, in der Geschichte der Menschheit am längsten dauernden Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba aufgerufen.

Die AG Cuba Sí in der Partei DIE LINKE, Regionalgruppe Leipzig, führte im Rahmen dieser Solidaritätskampagne eine Protestkundgebung am 29.06.2024 in Leipzig durch. Teilgenommen daran hatten auch Mitglieder der SDAJ und der Kommunistischen Organisation. In den Redebeiträgen wurden die beispielgebenden Errungenschaften der sozialistischen Revolution Kubas, seine internationale Solidarität herausgestellt und der Wirtschafts-, Handels- und Finanzkrieg der USA gegen Kuba in seinen negativen Auswirkungen auf das Leben der Kubaner und auf die internationale Zusammenarbeit verdeutlicht. In der Protestresolution, gerichtet an Regierungen der USA und der BRD als Partner der USA, wurden diese Blockade der USA sowie das Führen Kubas in der Liste der den Terrorismus unterstützenden Staaten entschieden verurteilt und konkrete Forderungen zur Entwicklung normaler, gleichberechtigter, respektvoller Beziehungen mit Kuba formuliert.

## Kuba kurz und knapp

**seit 1717:** Widerstände der Kubaner gegen die spanische Kolonialherrschaft; 1812 Aufstand der aus Afrika eingeführten Sklaven unter Führung von José Antonio Aponte;

**1868 bis 1878:** Unabhängigkeitskampf gegen die spanische Kolonialmacht;

**1895 bis 1898:** erneuter Kampf der Kubaner gegen die spanische Kolonialmacht:

- USA unterstützte Kuba im Kampf um die Unabhängigkeit von Spanien mit dem Ziel, Kuba zu besitzen
- Taktisches Vorgehen der USA: USA dachte weniger an die Fortsetzung der direkten Besatzung, sondern an die Errichtung einer Republik unter bestimmten Voraussetzungen.
- 1901 beschloss der US-Kongress den Platt-Zusatz und zwang Kuba, diesen in seine Verfassung mit aufzunehmen. Wenn nicht, sollte die Okkupation fortgesetzt werden.
- Damit behielt sich die US-Regierung das Recht für das Eingreifen in die internen Angelegenheiten Kubas, wenn es die USA für zweckmäßig erachteten. Ebenso das Recht, Land von Kuba „zu kaufen oder zu pachten“. Daraus ging auch der Marinestützpunkt Guantánamo hervor.

- Kubaner, die zu der Zeit anfangs in den USA einen Bündnispartner im Kampf um die Unabhängigkeit glaubten, kassierten schweren Verrat.

**ab 1925:** in Kuba Massenbewegungen (Massenstreiks) infolge nationaler Zusammenschlüsse (Bildung von Räten) der Tabakarbeiter, Drucker, Eisenbahner, Hafendarbeiter u. a. in nationalen Gewerkschaften sowie der Pächter und Kleinbauern in Agrarvereinigungen;

**ab 1953:** Entwicklung der Volksbewegung gegen die grausame Batista-Diktatur zum Partisanenkampf und zum bewaffneten Aufstand von Santiago de Cuba bis Havanna;

**Januar 1959** zogen Fidel, Raúl, Ché, Camilo Cienfuegos, Tamara Bunke an der Spitze der Revolutionsarmee in Havanna ein.

In den ersten Wochen und Monaten mussten sich die kubanischen Revolutionäre klar darüber werden, wie sie das Land neu gestalten, welchen Weg sie gehen. Aber fest stand für sie, dass Gerechtigkeit nur über gerechte Verteilung funktionieren kann.

Arbeiter, Bauern und das revolutionäre Kleinbürgertum vollzogen

- die Agrarreform;
- Bildung von Volksgütern und Genossenschaften;
- Enteignung ausländischer Banken und Monopole;
- Verstaatlichung der Zucker- und Erdölgesellschaften;
- Aufbau von Volksmilizen;
- umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der arbeitenden Bevölkerung;
- Beseitigung des Analphabetentums innerhalb eines Jahres durch den freiwilligen und enthusiastischen Einsatz vor allem ganz junger, lese- und schreibkundiger Kubaner in der Alphabetisierungskampagne.

Weltweite, internationale Solidarität Kubas seit 1959 mit Ländern und Unabhängigkeitsbewegungen (z. B. Nicaragua, Venezuela, Ecuador, Palästina, Kolumbien, Angola, Mozambique, Kongo, Guinea, Italien) insbesondere bei der Bekämpfung schwerer Epidemien, bei der Alphabetisierung, bei der Entwicklung des Gesundheits- und Bildungswesens.

Kuba entwickelte feste internationale Beziehungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, der Kultur, des Gesundheits- und Bildungswesens, des Sports.



Die USA setzten alles daran, diese Entwicklung zu zerstören. USA erlässt seit 1961 Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade und baut diese bis heute permanent mit perfiden Maßnahmen aus.

USA setzten Kuba rechtswidrig und grundlos auf die Liste der Terrorismusförderer.

Blockade und der Eintrag in diese Liste gefährden erheblich, d. h. be- bzw. verhindern:

- Gewährung grundlegender Menschenrechte (z. B. Recht auf Leben, Nahrung, Gesundheit, Bildung, wirtschaftliche und soziale Rechte, Recht auf Entwicklung);
- potenzielle Kredite für Kuba;
- Handelspartner;
- Tourismus;
- Investitionen ausländischer Partner in Kuba;
- internationale Zusammenarbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Professor Osvaldo Romero, Kuba, am 22.06.2024 in Leipzig: „Gegen jede Maßnahme Kubas zur Gewährleistung der Errungenschaften der sozialistischen Revolution in Kuba setzen die USA eine Sanktion. ... Jeden Tag explodiert in der kubanischen Wirtschaft eine Rakete.“



Foto: AG Cuba SI, Regionalgruppe Leipzig

Die Blockade hat Folgen für die Treibstoffversorgung. Wenn Treibstoff fehlt,

- können Traktoren nur begrenzt oder gar nicht die Felder bewirtschaften;
- Können Bewässerungsanlagen auf den Feldern nicht arbeiten;
- kann die Ernte im Land nicht verteilt werden;
- ...

Ohne Erdöl kann kein Strom produziert werden. Ohne Strom

- stehen die Maschinen in den Betrieben still;
- arbeiten medizinische Geräte nicht;
- bleibt es in den Bildungseinrichtungen dunkel;
- kann in der Forschung und Entwicklung nicht gearbeitet werden;
- können die Hotels ihren Service nicht umfänglich leisten;
- ...

Dazu ideologischer Krieg der USA gegen Kuba, um die Kubaner restlos zu zermürben, damit das Volk die USA zur Übernahme der Regierung auffordert und damit die Menschen in der Welt die Idee des Sozialismus aus ihren Köpfen endgültig streichen.

**Für die, die mehr dazu wissen wollten und wollen:**

Aktivitäten der Regionalgruppe Cuba SI Leipzig - im Rückblick: Informationen zur aktuellen Lage in Kuba am:

- 22.03.2024 gemeinsam mit dem Verlag „8.Mai“/junge Welt und dem kubanischen Gast des kubanischen Institut für Völkerfreundschaft Deborah Azcay auf der Leipziger Buchmesse
- 22.04.2024 gemeinsam mit den Organisationen Rotfuchs und Kommunistische Organisation
- 22.06.2024 gemeinsam mit dem Netzwerk Cuba e. V. und dem kubanischen Gast Professor Dr. Osvaldo Romero
- 27.07.2024: ab 14:00 Uhr, Berlin, Lichtenberger Park: Fiesta de la Solidaridad (Open-air-Veranstaltung)
- 01.08.2024: gemeinsam mit GlobaLE ab 21 Uhr, Leipzig, Caracan im Auwald Film „Soy Cuba“ mit Informationsgespräch
- Herbst 2024: Aktion „Unblock Cuba“ Protestmarsch zum Generalkonsulat der USA

Du hast Fragen, Zweifel? Du willst Genaues wissen? Du willst mehr wissen? Du willst aktiv werden?

Kontakt zu uns über den Stadtvorstand oder zu unserer Sitzung jeden 2. Dienstag im Monat, ab 17 Uhr in der Braustraße.



## Herzlichen Glückwunsch

Liebe Yasmin,

wir gratulieren sehr herzlich zur erfolgreichen Verteidigung Deiner Dissertation zum Thema „**Molecular determinants of GPCR-transducer interactions**“ im Promotionsverfahren an der Fakultät für Lebenswissenschaften der Universität Leipzig.

Möge Dir auch künftig gelingen, was der zeitweilige Namenspatron der Alma mater lipsiensis im Vor- und Nachwort zur französischen Ausgabe seines Opus magnum 1872

zu bedenken gab: „Es gibt keine Landstraße für die Wissenschaft, und nur diejenigen haben Aussicht, ihre lichten Höhen zu erreichen, die die Mühe nicht scheuen, ihre steilen Pfade zu erklimmen.“

In diesem Sinne wünschen wir weiterhin Erfolg in der Forschungsarbeit, Glück und Wohlbefinden und freuen uns auf weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit –

*Deine Genossinnen und Genossen aus der Basisorganisation Messemagistrale*



## Auf der Palliativstation

**Volker Külow** Am Abend der verheerenden Wahlniederlage vom 9. Juni veröffentlichten der Parteivorstand und die Landesvorsitzenden eine gemeinsame Erklärung, in der die Existenzkrise der LINKEN euphemistisch als „herausfordernde Situation“ bezeichnet und damit faktisch geleugnet wurde. Der gesamte zweiseitige Text zeugte von völliger Hilf- und Ratlosigkeit der führenden Köpfe der Partei und wirkte wie von einer Phrasendreschmaschine – oder schlimmer noch – von einer KI erzeugt. Mit der taktisch durchsichtigen Vertröstung auf den Bundesparteitag im Oktober, schrieb ich am 14. Juni in einem nd-Leserbrief, erhofften sich die Verfasserinnen und Verfasser eine Galgenfrist zu erkaufen, ohne zu ahnen, dass man damit die kommende Katastrophe nur noch beschleunigt.

Die folgenden Wochen des Nichtstuns bestätigten diese Einschätzung völlig, die man sogar noch verschärfen muss: Es ist nach meinem Dafürhalten unstrittig, dass der auf dem Erfurter Parteitag 2022 eingeschlagene Kurs komplett gescheitert ist und die Parteispitze politisch bankrott ist. Leider ist aber auch keine personelle Alternative sichtbar; insofern ist die Situation noch dramatischer als im Herbst 1989, als im Mittelbau und in der Basis der SED noch ein enormes Erneuerungspotenzial vorhanden war, dass sich ja dann auch nach dem Sturz von Politbüro und ZK durchsetzen konnte.

Heute prallen alle berechtigten Kritiken, ob von Prominenten wie Gesine Lötsch oder Gerhard Trabert oder von linken innerparteilichen Strömungen wie AKL und SL an einer

Parteiführung weitgehend ab, die völlig vom magischen Denken beherrscht ist und in einem politischen Paralleluniversum „abgetaucht“ ist, wie das nd am 25. Juni zu Recht titelte. DIE LINKE gleicht inzwischen einem Patienten, der von der Intensiv- auf die Palliativstation verlegt wird, um dort langsam friedlich einzuschlafen.

Darüber hinaus wird dann statt Selbstkritik über den verfehlten Kurs der letzten beiden Jahre lieber BSW-Bashing betrieben, weil die neue Partei der AfD nicht genug Stimmen weggenommen habe; für einige im Leipziger Stadtverband ist das BSW sogar neben CDU und AfD ein „neuer reaktionärer Akteur“ (Juliane Nagel). Abgesehen davon, dass diese sektiererische Position an die strategischen Irrtümer der KPD vor 1933 erinnert, wird völlig übersehen, welchem analytischen Fehlschluss sie aufsitzt: In einer Onlinestudie vor (!) den Europawahlen unter über 4.000 Befragten haben die namhaften Leipziger Soziologen Oliver Decker, Elmar Brähler u. a. festgestellt, dass „die Anhänger des BSW mehr Gemeinsamkeiten mit den Anhängern anderer sozialdemokratischer bzw. linker Parteien haben“. Sie stellten auch fest, „dass es sich bei BSW und AfD um unterschiedliche Milieus handelt“ und offen zugabe tritt, „BSW-Wähler teilen mit den AfD-Wählern wesentliche Merkmale nicht. Wahlentscheidend für die AfD ist der Rechtsextremismus und der unterscheidet die AfD-Anhänger sehr deutlich von BSW-Wählern.“ Und faktisch lieferte die Studie auch schon vorab die Erklärung für die Wählerwanderungen am 9. Juni, wenn sie feststellt: „Durch den linken Habitus des BSW ist sehr viel wahr-

scheinlicher, dass das BSW Wähler aus dem sozialdemokratischen Parteienspektrum für sich gewinnen wird. Sprich: Von SPD und Die Linke.“ (Forschungsjournal Soziale Bewegungen 37. Jg, Heft 2/2024, Seite 19)

Diese Betrachtung ist nicht nur akademischer Natur, sondern erlaubt – sofern man diese Ergebnisse ernst nimmt – auch Schlussfolgerungen für die weitere politische Arbeit im Stadtrat. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob man das BSW als „neuen reaktionären Akteur“ in der Nähe von CDU und AfD verortet oder als potenziellen Partner betrachtet, mit dem man bei wichtigen Themen weiterhin eine progressive Mehrheit im Stadtrat sichern möchte, nachdem die rot-grün-rosa-Mehrheit in Leipzig am 9. Juni unstrittig verloren ging.

Ungeachtet, ob wir als Stadtverband weiter Leipzig als „gallisches Dorf“ halten, steht die grundsätzliche Frage, ob es zumindest noch einen theoretischen Rettungsweg für die Partei gibt. Ingar Solty, einer der klügsten Köpfe in der Linken, hat in seiner jüngsten Analyse zur Krise der Linken über „die Riege von Bewegungslinken und Reformen, die jetzt ... nach kurzfristigen Umfrageergebnissen und Fokusgruppen taktierend, die Linkspartei ... finnlandisieren will“, geschrieben, dass dieser Weg „nur in den Untergang führen“ kann. Es ist zu befürchten, dass er damit ins Schwarze trifft, zumal ebenfalls seine These richtig ist, dass die „Dethematisierung der Außenpolitik und Friedensfrage“ unsere Partei „auch in Sachen der Kernkompetenz ‚soziale Gerechtigkeit‘ dauerhaft unglaubwürdig“ macht.

## Einreiseverbot: Delegationsreise nach Kyjiw endet für Sören Pellmann an der ukrainischen Grenze

**Adam Bednarsky** Eine lang vorbereitete und mit den entsprechenden Behörden abgestimmte Reise von Sören Pellmann sollte die Gelegenheit bieten, sich mit Akteuren der Zivilgesellschaft und VertreterInnen der Administration ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. Auf dem Programm standen neben Treffen mit GewerkschafterInnen, Angestellten der Stadtverwaltung, JournalistInnen auch ein Besuch von Babyn Jar, wo am 29./30. September 1941 mehr als 30.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder durch die Deutschen ermordet worden.

Obwohl diese Reise im Vorfeld mit den deutschen Sicherheitsorganen und Botschaften abgestimmt war, wurde Sören der Grenzübertritt verweigert. Die Grenzpolizei setzte ihn kurzzeitig im Bahnhof von Lwiw fest

und eskortierte ihn anschließend zurück an die Grenze, wo er den polnischen Behörden übergeben wurde. In seinen Diplomatenpass wurde ein dreijähriges Einreiseverbot bis zum 15. Juni 2026 gestempelt. Wenn dieses Ablaufdatum korrekt sein sollte, besteht das Einreiseverbot seit Mitte 2023.

Die bearbeitenden GrenzerInnen konnten keine Angaben über die Gründe des Einreiseverbotes geben. Fakt ist, dass es Listen oder Informationen gibt, die eine Einreise für Sören Pellmann unmöglich gemacht haben. Die genauen Hintergründe für diesen bislang einmaligen Vorfall sind aufzuklären. Laut eines Sprechers des Auswärtigen Amtes sind weiteren Einreiseverbote für Mitglieder des Deutschen Bundestages bekannt. Die Bundesregierung und das Aus-

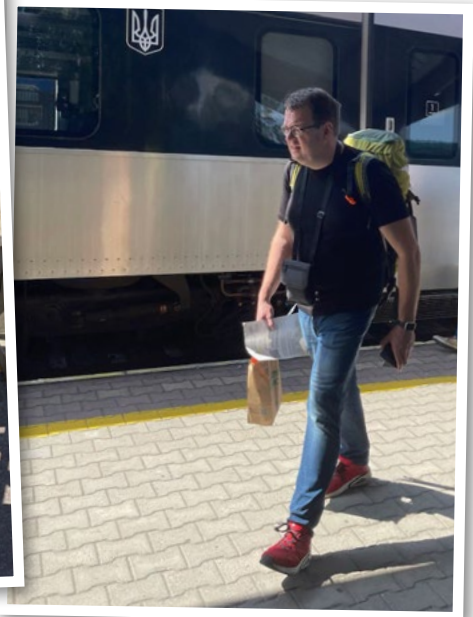
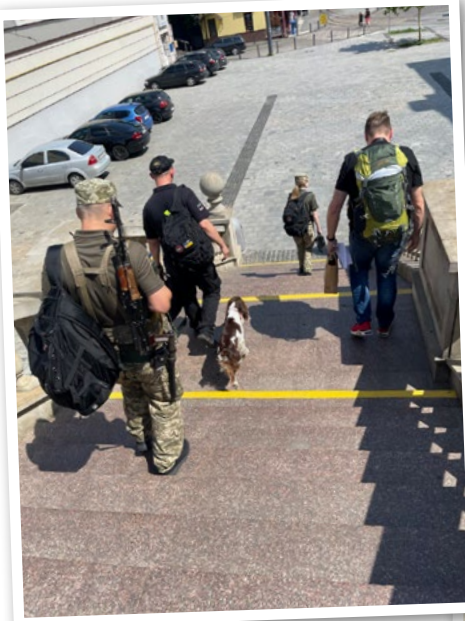
wärtige Amt wurden unmittelbar informiert und nehmen sich dieser Angelegenheit an. Für die Delegation, deren weitere Mitglieder ins Land einreisen durften, war diese Entwicklung nicht absehbar. Die Existenz eines Einreiseverbotes stand nicht im Raum.

Sören erklärte unlängst zu den Ereignissen: „Es ist eine parlamentarische Selbstverständlichkeit, die eigenen Positionen mit den Gegebenheiten vor Ort in Einklang zu bringen. Deshalb bedauere ich es sehr, dass ich den oft angemahnten Blick auf die Lebensumstände und Realitäten der Angegriffenen nicht selbst machen konnte. Das war mir insbesondere nach dem Angriff russischer Raketen auf Kyjiw am letzten Montag wichtig, bei dem ein Kinderkrankenhaus getroffen wurde. Denn dieser furchtbare

Angriff – ein Verstoß gegen das Humanitäre Völkerrecht – war auch für die Menschen nicht nur in Kyjiw ein weiterer trauriger Höhepunkt der kriegerischen Auseinandersetzungen. Er reiht sich ein in die schockierend lange Liste russischer Kriegsverbrechen. Viele Politikerinnen und Politiker, auch solche mit einer regierungskritischen Haltung, durften nach Kyjiw reisen. Es ist nach wie vor nicht geklärt, weshalb mir als Gruppenvorsitzendem der Linken im Bundestag und Mitglied des Stadtrates der Partnerstadt Leipzig die Einreise verwehrt wurde. Dabei geht es nicht um mich persönlich, sondern die Gruppen und Institutionen, denen ich angehöre. Von meiner Reise hätte die Ukraine, für deren Unterstützung wir im Wahlkreis Spenden sammelten, keinerlei Schaden genommen, im Gegenteil. An meiner Solidarität mit den Betroffenen des Angriffskrieges wird das nichts ändern. Mich leitet dennoch auch weiter die Überzeugung, dass die Kriegshandlungen so schnell wie möglich enden müssen.“

Am 11.7. erklärte sich das ukrainische Außenministerium unter Bezug auf den ukrainischen Geheimdienst zum Sachverhalt. Dabei wurde ohne Belege pauschal das Einreiseverbot mit der angeblichen Verweigerung des Selbstverteidigungsrechts der Ukraine und Unterstützung des russischen Aggressors durch Sören begründet. Nehmen wir diese nicht belegten Anschuldigungen des Geheimdienstes als Grundlage, kann einerseits die klare Positionierung unserer Partei gestützt durch Parteitagbeschlüsse und andererseits die Resolu-

tion der Leipziger Stadtratsfraktionen zur russischen Invasion in der Ukraine, die von Sören in seiner Funktion als damaliger Fraktionsvorsitzender unterschrieben ist, als stichhaltige Gegenargumente gehandelt werden: Das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine stand zu keinem Zeitpunkt in Frage. Das ist Beschlusslage. Auch bei der Verurteilung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind die Mitglieder der Partei Die Linke klar positioniert. Aber auf der Flughöhe von Geheimdiensten sind solche inhaltlichen Nuancen offenkundig nebensächlich.



Fotos: Adam Bednarsky

## 75 Jahre NATO: Eine kritische Bilanz

**Sören Pellmann** „Nicht die Macht möge mit uns sein, sondern der Frieden!“

In meiner jüngsten Rede im Bundestag habe ich für unsere Gruppe Die Linke die Gründung der NATO vor 75 Jahren und ihre Rolle im Kalten Krieg thematisiert. Ich habe betont, dass die Geschichte der NATO von Waffenlieferungen, Interventionen und Stellvertreterkriegen geprägt ist, die Millionen Menschenleben gefordert haben. Die atomare Konfrontation brachte die Welt an den Rand der Vernichtung, während beide Seiten von Frieden und Freiheit sprachen und gleichzeitig weiter aufrüsteten.

Ich habe darauf hingewiesen, dass die NATO oft als Anker der Stabilität und Treiber des Fortschritts dargestellt wird, diese Sichtweise jedoch zu kurz greift. Nur durch das Gleichgewicht des Schreckens blieb der Kalte Krieg in Europa und Nordamerika ein kalter Krieg. Nach der Kuba-Krise, welche die Menschheit gefährlich nah an die Zerstörung brachte, erkannten die Staatslenker in West und Ost: Reden ist besser Schießen.

Heute steht die Welt erneut vor einem Rüstungswettlauf. Ich habe kritisiert, dass die NATO von uns fordert, über 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, was rund 1,3 Billionen Dollar jährlich für alle NATO-Staaten bedeutet. Die Menschen im Land spüren jeden Tag: Dieses Geld fehlt für Soziales, Infrastruktur und Bildung.

Ich habe die moralische Überlegenheit der NATO und ihrer Hauptländer in Frage gestellt, die weltweite Interventionen oft auch ohne UNO-Mandat rechtfertigen. Die Folgen sind unvorhersehbar, wie die Konflikte in Jugoslawien, Irak, Syrien und Afghanistan zeigen. Völkerrechtswidrige Angriffskriege, wie die der Türkei gegen Kurdinnen und Kurden in Nordsyrien, bleiben ohne Konsequenzen.

Ich habe betont, dass die NATO weiterhin auf atomare Abschreckung setzt und neue

Mitglieder ihren Schutz durch Mitwirkung an westlicher Militärdominanz erkaufen. Doch globale Befriedung kann nicht durch Dominanz erreicht werden. Wir brauchen Mechanismen, um Konflikte diplomatisch zu lösen und die Sicherheitsinteressen aller Staaten zu berücksichtigen.

Abschließend habe ich unsere konkreten Aufgaben skizziert: Statt immer neuer Waffenlieferungen ins Kriegsgebiet müssen wir einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine fördern und eine diplomatische Lösung anstreben. Wir müssen zwischen den USA und China deeskalieren, eine Konfrontation mit den BRICS-Staaten verhindern und die atomare Abrüstung vorantreiben. Ich habe Wissenschaft und Öffentlichkeit aufgerufen, der Politik den Wert des Friedens wieder näherzubringen.

Nicht die Macht möge mit uns sein, sondern der Frieden!

# Agri-Photovoltaik-Standort nördlich der A 14

**Siegfried Schlegel** Der Stadtrat beschloss im Juni die Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung eines Bebauungsplanes nach §2 BauGB - Aufstellungsbeschluss - für ein definiertes Gebiet nördlich der A 14 in den Ortsteilen Wiederitzsch und Lindenthal für einen Agri-Photovoltaik-Standort (Agri-PV). Unter Agri-PV versteht man ein landwirtschaftliches Bewirtschaftungssystem, welches landwirtschaftliche Bodennutzung zur Erzeugung von Nahrungs- oder Futtermitteln vorsieht und gleichzeitig über aufgeständerte Photovoltaikanlagen elektrischen Strom aus Solarenergie erzeugt.

Ziel ist die Aufhebung, zumindest aber, die starke Reduzierung der Flächenkonkurrenz

zwischen Land- und Energiewirtschaft. Gleichzeitig ermöglicht sie ein zusätzliches Einkommen. In mehreren Kommunen gibt es bereits Projekte „Hand in Hand - Gemeinsam mit Landwirtschaft, Kommunen und Stadtwerken“. Erwähnt werden muss auch, dass es in Leipzig preisgekrönte Kooperationsbeziehungen zwischen der HTWK und Leipziger Schulen gibt. Aufbauend auf diese Schülerprojekte wurde an der HTWK Leipzig im Januar 2023 ein neues Forschungsprojekt mit 2-jähriger Förderung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gestartet. Zu den Kooperationspartnern zählen der Botanische Garten in Leipzig, das Berufsbildungswerk Leipzig, Auszubildende im Bereich Gartenbau, das Leipziger Wilhelm-

Ostwald-Gymnasium sowie des Kantgymnasiums, das Berufliche Bildungswerk „Saline Technikum“ in Halle und das Landtechnische Zentrum Borna. Die Beteiligten forschen u. a. verstärkt an Messtechnik, mit denen Schülerinnen und Schüler bei Agri-Photovoltaik Mangelerscheinungen sowie Insekten, die als Nützlinge oder Schädlinge auftreten können, untersuchen.

Bereits auf den Weg gebracht hat der Stadtrat ein ähnliches Projekt für die begrünte ehemalige Deponie in Seehausen. Zum Beginn der Bürgerbeteiligung formulierte die Verwaltung deshalb die Herausforderungen: „Aufgabe des Bebauungsplanes ist es, konzeptionell den Verlust an Waldfläche und

## Stadtratsnotizen

**Siegfried Schlegel** Bericht vom Stadtratsgeschehen im Juni

### Beschlüsse zu Kitas und Schulen

Beschlossen wurde die Einrichtung einer 5-zügigen Gemeinschaftsschule am Dösner Weg in Zentrum-Südost mit den Klassenstufen 1 bis 12 eigenständig und beginnend schuljahresweise ab Klassenstufe 5 und zunächst 4-zügig. Interimsstandort. Da Grundschulen für einen definierten Schulbezirk im Umfeld des Schulstandortes zuständig sind, erfolgt die Einrichtung der 5-zügigen Primärstufe I (Klasse 1- 4) mit Eröffnung des neuen Schulstandortes Dösner Weg. Der Stadtrat fasste den Planungs- und Baubeschluss für einen Ersatzbau der vor einigen Jahren abgebrannten Sporthalle in der Pfaffensteinstraße im Grünauer WK 8. Statt einer bisherigen 2-Feld-Halle soll auf Antrag aus dem Stadtrat eine 3-Feld-Halle neu gebaut werden. In der Löbauer Straße im Stadtteil Schönefeld soll entsprechend einem Baubeschluss eine 4-Feld-Schulsporthalle mit begrünter Fassade neu gebaut werden.

### Baubeschlüsse und Mehrkosten zu Kommunaleinrichtungen

Der Stadtrat fasste den 1. Änderungsbeschluss zum Planungsbeschluss zur Sanierung des „Haus des Festivals“, dem ehemaligen Haus Leipzig in der Gottschedstraße 16, weil sich die Baukosten um 7 Mio. auf 13 Mio. Euro erhöhen. Auf Antrag der SPD wurde beschlossen, dass die voraussichtlichen Kostenerhöhungen nicht zu Lasten des Zentrums für Filmkunst und Medienbildung - Filmkunsthaus - gehen darf. Auch für den Schulcampus Kieler Straße 72 in Mockau-Nord musste eine 1. Änderung zum Planungsbeschluss zur Sanierung des Schulaltbaus sowie Umbau des DDR-Typenschulhauses durch Verdoppelung der

Planungskosten von 1,0 auf 2,02 Mio. Euro beschlossen werden. Beschlossen wurde auch die Finanzierung der Mehrkosten für die Quartierschule Ihmelsstraße im Osten um 5,5 Mio. Dadurch stiegen die Gesamtkosten auf 94.5 Mio. Euro.

### Anträge der Linken positiv votiert

In der Fassung des Verwaltungsstandpunktes beschloss der Stadtrat den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Fortschreibung der Stellplatzsatzung bis Ende 2024, die auch bisher nicht berücksichtigte Nutzungsarten einschließt, wie die Belange von Gewerbefahrzeugen. Eine Mehrheit erhielten auch Anträge der Linksfraktion, wie „Vogelsicheres Bauen – damit Piepmatz nicht zu Piepmatz wird“, also Verzicht auf zu große Glasscheiben bei städtischen Bauvorhaben oder die Aufnahme von frei zugänglichen „Outdoor-Sportangeboten im Außenbereich in den digitalen Stadtplan der Stadt Leipzig.

### Sinkende Kinderzahlen für bessere Betreuung nutzen

Mit Mehrheit beschloss der Stadtrat den von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/Grüne eingereichten Antrag, der beinhaltet, dass die sinkenden Kinderzahlen genutzt werden sollen, um in den Kindertagesstätten (Kitas) die Betreuungsqualität zu verbessern und die inklusive Kindertagesbetreuung Kindertagesbetreuung fortzuentwickeln. Dazu soll ein entsprechendes Konzept erarbeitet werden. Außerdem soll ein „Modellprojekt zur integrativen Betreuung von Kindern mit hohem heilpädagogischen Förderbedarf“ starten. Bis zum Jahresende sollen eine Übersicht und eine Prognose zu Kinderzahlen sowie zur Personalentwicklung in den Kitas erstellt werden. Außerdem

soll eine Übersicht der Kita-Standorte mit Bewertung der Liegenschaften und deren Perspektiven, dem Sanierungsbedarf sowie möglicher Schließungen einschließlich Terminvorschläge erarbeitet werden. Für Die Linke muss aber die wohnnahe Kinderbetreuung maßgeblich bleiben.

### Mehrheit für Erhalt der Kleinmesse am Cottaweg

Auf Antrag des Jugendparlaments mit mehreren Änderungsanträgen debattierte der Stadtrat im Beisein des Vorsitzenden des Leipziger Schaustellervereins Jürgen Seiferth über die ungehinderte Zukunft der Leipziger Kleinmesse. Um Konflikte am angestammten Standort Cottaweg zwischen Spielterminen von Red Bull sowie der Frühjahrs- und Herbst-Kleinmesse- sowie der Weihnachtzirkusveranstaltungen zu vermeiden, soll ein großräumlich gedachtes Verkehrskonzept erarbeitet werden. Das schließt auch die Schaffung von Parkstellflächen in einem stadionnahen Parkhaus sowie eine funktionierende Öffentlichkeitsarbeit und bessere Beschilderung von Park+Ride-Plätzen ein.

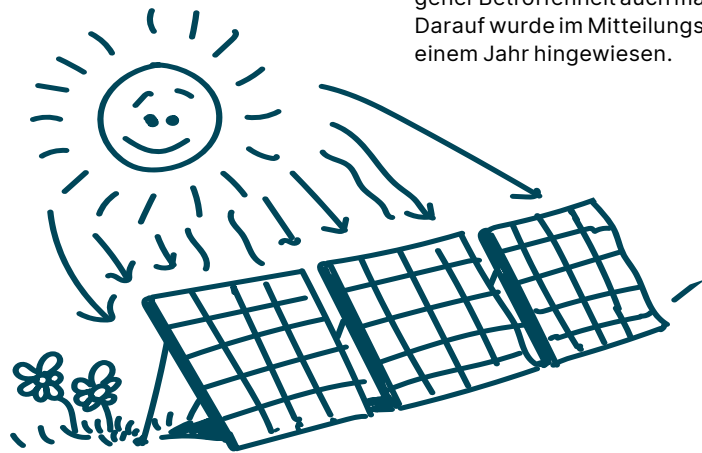
### Investitionen in Sportanlagen und Fördermittelabruf sichern

Einstimmig beschlossen wurde der von den Stadtratsmitgliedern Adam Bednarsky (DIE LINKE), Jens Lehmann (CDU), Sven Morlok (Freibeuter), Anne Sehl (Grüne) und Christopher Zenker (SPD) gestellte interfraktionelle Antrag. Danach stellt die Stadtverwaltung sicher, dass die Fördermittel des Freistaates zur investiven Sportförderung abgerufen werden und ermittelt die Mehrkosten bei laufenden geförderten Maßnahmen. Diese zusätzlichen Bedarfe sollen aus nicht in die-

besonders den Umgang mit den Schutzgütern Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt und Landschaftsbild und die Sicherung der städtischen Daseinsvorsorge im Sinne einer regenerativen nachhaltigen Energieversorgung planerisch zu bewältigen“.

Auf die Komplexität der Herausforderungen hatte auch Linken-Stadtrat Michael Neuhaus in seinen Statements in den Debatten 2021-2023 hingewiesen. Als Planungsbehörde ist die Stadt Leipzig für den Bebauungsplan und die Änderungen im Flächennutzungsplan zuständig. Da die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf der ehemaligen und nunmehr baumbepflanzten Deponie Seehausen eine städtische Maßnahme ist, fungiert die Landesdirektion als Genehmigungsbehörde für das Zielabweichungsverfahren zum B-Plan

Nr. 454 „Energieberg Leipzig-Seehausen“. Deshalb hatte der Stadtrat über die Stellungnahme der Stadt Leipzig an die Landesdirektion abzustimmen.



Wenngleich immer wieder in den gesellschaftlichen Debatten die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderung zur Begegnung des Klimawandels betont wird, so ändern sich bei eigener Betroffenheit auch mal die Ansichten. Darauf wurde im Mitteilungsblatt genau vor einem Jahr hingewiesen.

sem Jahr in Anspruch genommenen Mitteln des Investitionshaushaltes finanziert werden. Dies muss aber im kommenden Doppelhaushalt berücksichtigt werden.

#### **Neue Chancen durch Soziale Wirkungskredite**

In der Fassung des Verwaltungsstandpunktes wurde der CDU-Antrag „Neue Chancen in der Sozialpolitik“ in Analogie eines Social Impact Bond (Sozialer Wirkungskredit) einstimmig beschlossen. Im Bereich der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit wird die Stadtverwaltung im Rahmen eines Pilotprojektes „Kommunales Jugend-Wohnen“ Erfahrungen sammeln und nach Auswertung sowie Information des Stadtrates sowie der Öffentlichkeit eine Übertragung auf andere Wirkungsbereiche vorschlagen. In Großbritannien, den USA und Australien ist Social Impact Bond ein Politik- und Finanzierungsinstrument, bei dem soziale Dienstleistungen privat vorfinanziert und im Erfolgsfall öffentlich rückvergütet werden. Dabei kooperieren die öffentliche Verwaltung, private Vorfinanzierer und Sozialdienstleister. Eine Rückzahlung ist erfolgsabhängig von der Maßnahme.

#### **Grünareale weiterentwickeln**

Mit großer Mehrheit beschloss der Stadtrat auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung eines Bebauungsplanes sowie einer Satzung für ein Vorkaufsrecht für den östlichen Teil des Möbiusplatzes in Reudnitz mit dem Ziel der dauerhaften Sicherung der öffentlichen Grünfläche im kompakten innerstädtischen Wohnquartier. Ebenfalls auf Antrag der Grünen beschloss der Stadtrat, dass sich der Oberbürgermeister in Kooperation mit dem Eigentümer Mat-

thäikirchgemeinde dafür einsetzt, dass der ehemalige Nord- und Veteranenfriedhof in der Mockauer Samuel-Lampe-Straße unter Berücksichtigung der Klimaanpassung zu einer öffentlichen Grünanlage umgestaltet wird.

#### **Erinnerung an Zoo-Völkerschauen**

Auf Antrag von Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschloss der Stadtrat mit großer Mehrheit in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Zoo-Geschäftsführung eine Erinnerungs- und Informationstafel zu Völkerschauen an einem authentisch-historischen Ort zu planen und aufzustellen.

#### **Petitionen und Anfragen von Bürgern**

Beschlussfassungen gab es für Vorschläge des Petitionsausschusses zu 15 Petitionen von Bürgerinnen und Bürgern, von denen 8 abgelehnt wurden. Zu den 7 teilweise in alternativer Form beschlossenen Petitionen gehört die Bürgerpetition von Mitgliedern der Regionalgruppe Leipzig des BUND in der Fassung des Verwaltungsstandpunktes. Danach wurde der Oberbürgermeister beauftragt, für den Fall der Einführung einer Bundes-Verpackungssteuer eine geeignete Unterstützung für Unternehmen zur Anschaffung und/oder dem Betrieb von Mehrwegsystemen zu entwickeln. Dazu wird dem Stadtrat nach Satzungsbeschluss über eine städtische Verpackungssteuer auch eine Beschlussvorlage für Förderungen unterbreitet.

#### **Städtebau für Matthäikirchhof**

Der Stadtrat nahm die Ergebnisse Städtebau-Wettbewerbs für den Matthäikirchhof im Stadtzentrum zur Kenntnis und beauftragte den Oberbürgermeister, die bauliche

und städtebauliche Entwicklung auf der Grundlage des Siegerentwurfs zu starten. Dazu muss für eine Masterplanung ein Gutachten nach Ausschreibung zur technischen Durchplanung des Siegerentwurfs erstellt werden.

Bedacht werden muss, dass der Siegerentwurf zu jenen Wettbewerbseurwürfen gehört, die vorgeschlagen hatten, die wenigsten vorhandenen Gebäudestrukturen des ehemaligen MfS-Bürokomplexes zu erhalten und weiter zu nutzen. Mittelpunkt des neuen Ensembles soll ein neuer freigestellter Archivbunker inmitten des lebendigen Stadtzentrums und in Sichtweite des Goerdelerrings sein.

#### **Geschäftsführungswahlen für städtische Unternehmen**

Als Geschäftsführer der Gesellschaft zur Erschließung, Entwicklung und Sanierung von Baugebieten (LESG) mbh bis 2029 wurde Sebastian Pfeiffer einstimmig gewählt. In den letzten Jahren wurde durch die LESG auch der Bau kommunaler Kitas und Schulen verantwortet. Sebastian Pfeiffer verantwortet zukünftig bis 2029 als Nachfolger von Ralf-Dieter Claus und neben Kai Thalmann als zweiter Geschäftsführer die Gesellschaft zur Entwicklung und Vermarktung der Alten Messe und angrenzender Areale. Ebenfalls einstimmig wurde Frau Lydia Schubert erneut als zweite Betriebsleiterin der Oper Leipzig bis 2031 bestellt. In die gleiche Funktion, aber für das Schauspiel Leipzig, wurde einstimmig Frau Dr. Stephanie Garling bis 2029 bestellt. Frau Nadja Arndt besetzt zum nächstmöglichen Termin für 5 Jahre die Stelle der Geschäftsführerin des Jobcenters Leipzig.

# Michael Brie: „Man hat klassenverbindende Politik propagiert und klassenspaltend agiert.“

*Partei-Urgestein Michael Brie analysiert, warum Die Linke verloren hat und wieso der Austritt von Sahra Wagenknecht die Partei nicht einen konnte. Mit freundlicher Genehmigung des Autors drucken wir Wunsch von GenossInnen Teile seines Beitrages ab, der hier vollständig nachzulesen ist: <https://www.jacobin.de/artikel/linkspartei-die-linke-michael-brie-bsw-sahra-wagenknecht> (Jacobin, 19. Juli 2024)*

Die Führung der Partei Die Linke brachte das Ergebnis der Europa- und Kommunalwahlen am Abend des 9. Juni im ersten Satz ihres Briefes an die Mitglieder der Partei prägnant so auf den Punkt: »Die Linke ist in einer herausfordernden Lage.« Dies war wohl auch der erste Gedanke des Kapitäns der Titanic, nachdem ein Eisberg den Rumpf des Ozeanriesens in ganzer Länge aufgerissen hatte. Er hatte einfach den falschen Kurs zu falscher Zeit gewählt. Wie aber konnte es dazu kommen, dass die Linke einen Weg wählte, der ihr fast jeden politischen Einfluss raubt, nachdem sie doch 2005 so fulminant gestartet war? Ich werde dazu sechs Thesen formulieren.

## **Erste These: Die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger gegen Die Linke am 9. Juni 2024 war eine bewusste Wahl.**

Zunächst einmal muss man sich bewusst machen, dass das Ergebnis der Wahlen für Die Linke das Resultat einer seit vielen Jahren bewusst gewählten Strategie ist. Es war kein Verkehrsunfall und keinesfalls durch mangelnde Vermittlung des »Markenkerns« der Partei bedingt. Im Gegenteil: Man kann deshalb das Ergebnis von 2,7 Prozent der für Die Linke bei den Europawahlen abgegebenen Stimmen durchaus als Erfolg der Parteiführung und ihrer Wahlkampfstrategen bezeichnen. Es gelang, bei Frauen bis 25 Jahren einen Anteil von 8,2 Prozent zu erreichen und den Grünen und der SPD Wählerinnen und Wähler abspenstig zu machen, wenn auch nur jeweils 40.000 beziehungsweise 10.000. (...)

Der Erfolg der Parteiführung der Linken und ihrer Strategen hat ganz offensichtlich eine Kehrseite: So fein wie progressiv die erzielte Wählerschaft erscheinen mag, so klein war sie aber auch, als es am 9. Juni zum Schwur kam. Die Wahlen zum Europaparlament haben gezeigt: Herausgekommen für Die Linke ist eine weitgehend homogene, aber für den dauerhaften Bestand als bundesweite Partei viel zu kleine Wählerschaft. Man ist immer mehr unter seinesgleichen: Gebildet, urban, weltoffen und linksorientiert. Es scheint, man ist dem Rat von Bertolt Brecht an die Regierung der DDR gefolgt und hat

sich von Teilen des eigenen Wahlvolks abgewandt, um sich ein anderes zu wählen, das aber die Wahl in großer Mehrheit nicht annahm. Man hat »klassenverbindende Politik« propagiert und klassenspaltend agiert.

Die Führung der Linken sieht die Hauptursache für das Wahlergebnis vor allem in einem jahrelang öffentlich ausgetragenen innerparteilichen Konflikt, der Abspaltung des BSW und dem damit einhergehenden Verlust des Fraktionsstatus im Bundestag. Das habe der öffentlichen Wahrnehmung der Partei geschadet und dazu geführt, dass die inhaltliche wie strukturelle Fortentwicklung zurückfiel und die Partei ihr Profil nicht schärfen konnte. Viele Wählerinnen und Wähler wüssten nicht mehr, wie sich die Partei »zu wichtigen Fragen und aktuellen Auseinandersetzungen« positioniert und ob sie imstande sei, sich »für ihre Interessen« einzusetzen. Die genannten Faktoren mögen zwar die geringe Fähigkeit erklären, Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, ihre Stimme für Die Linke abzugeben. Diese Analyse verkennt aber, dass die Abwanderungen seit einer ganzen Reihe von Jahren zu einem großen Teil genau dadurch erklärt werden können, dass diejenigen früheren Wählerinnen und Wählern der Linken, die sich in großer Zahl für das BSW entschieden oder Wahlenthaltung übten, glasklar erkannt hatten, welche Position diese Partei »zu wichtigen Fragen« hat und wo sie in »aktuellen Auseinandersetzungen« steht.

## **Zweite These: Die Linke hat ein falsches Verständnis von Progressivität übernommen und sich damit ihrer Klassenbasis beraubt.**

Wieso aber hat Die Linke seit vielen Jahren per Beschluss auf Parteitag und durch ihren Vorstand eine Strategie verfolgt, die sie an den Rand des Abgrunds und vielleicht schon darüber hinaus getrieben hat? Im Folgenden wird versucht nachzuweisen, dass dies die Konsequenz dessen war, dass sie die Sicht von unten auf die kapitalistische Konkurrenz- und Klassengesellschaft verlernt hat und linkslibertäre Positionen in den Führungsetagen der Linken vorherrschend wurden. Und dies begann damit, dass man die liberale Deutung von »progressiv« und »konservativ« übernommen und damit große Teile der Lohnarbeitenden Klassen als »konservativ« abgeschrieben hat.

Die Begriffe »progressiv« und »konservativ« sind aber im Zeitalter des Neoliberalismus trügerisch geworden. Die Herrschenden haben das Libertäre in ihr Projekt übernommen und genau damit den Durchmarsch des Neoliberalismus erst ermöglicht. Dieser

Verwirrung muss begegnet werden, wenn linke politische Kräfte einen Ausweg suchen. Konfuzius hatte mit gutem Grund die Aufgabe, »die Namen richtigstellen« an den Anfang jedes politischen Handelns gestellt: »Stimmen die Namen und Begriffe nicht, so ist die Sprache konfus. Ist die Sprache konfus, so entstehen Unordnung und Misserfolg.« In ihrer Analyse Triggerpunkte identifizieren Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser »progressive« Positionen als Forderungen, die Ungleichheit kritisieren. Dabei werden vier Ungleichheitsdimensionen ins Zentrum gerückt: Fragen der Umverteilung von Reichtum, Migration, Gender und Klima. »Progressiv« sind dann jene Haltungen, die umverteilungsauffin, migrationsfreundlich sowie anerkennungs- und transformationsbereit sind. Dabei stellt sich die Frage, ob es wirklich »progressiv« ist, wenn man daran zweifelt, dass sich gesellschaftliche Anerkennung und Verteilung keinesfalls nach der Leistung richten sollte. Und ist es »konservativ«, wenn man die These in Frage stellt, dass jede Art von Migration eine »Bereichung« darstellt? (...)

Eine linke Einheit mit den Lohnarbeitenden herzustellen, ist deutlich leichter in ruhigen Zeiten und bei jenen Fragen, die bei den Bürgerinnen und Bürgern bis auf Nuancen weitgehend unumstritten sind. Sie wird auf die Probe gestellt, wenn die Gesellschaft in heftige krisenhafte Anspannung versetzt wird, wenn gegensätzliche Positionen schmerzhaft aufeinanderprallen, bei den Triggerpunkten. In genau in solchen Zeiten und bei solchen Punkten hat die Führung der Linken seit 2015 drei Mal versagt – im »Sommer der Migration«, als der Anschein erzeugt wurde, offene Grenzen seien eine reale unmittelbare Option der Solidarität, in der Pandemie, als jede überzeugende Kritik an der Gleichschaltung der öffentlichen Meinung und harter, wie sich später herausstellte, unnötiger Eingriffe unterblieb, und im Ukraine-Krieg, als die herrschende Deutung des Wesens dieses Krieges als Angriffskrieg Russlands übernommen wurde, um den interimperialistischen Charakter dieses Konflikts zu vernachlässigen. Dieses dreifache Versagen hat zur Spaltung der Linken geführt und ihr enorm an Ansehen in der Lohnarbeitenden Klasse gekostet. Sie wurde als zu leicht, sprich als zu abgehoben und libertär befunden. (...)

## **These 3: Es sind drei Bündnisse möglich, die auf Hegemonie zielen.**

Neuere Untersuchungen, die in einer Vielzahl europäischer Staaten mit je unterschiedlichen Modellen von Sozialstaat oder wohlfahrtsstaatlicher Regulierung durch-

geführt wurden, kommen mit Blick auf die Differenzen zwischen den Milieus der Klassengesellschaft zu dem Schluss, dass die Mittelklasse in Bezug auf Verteilungsfragen gespalten ist und hier sehr heterogene Positionen vertreten werden. Die Konfliktlinie verläuft also nicht mehr nur zwischen Ober- und Unterschicht. Um diese Spaltungslinien darzustellen, werde ich im Weiteren die Pole individuelle Freiheitsrechte vs. kollektive Schutzrechte benutzen, was die Dichotomie von Universalismus und Partikularismus aufgreift. Zugleich werde ich auch die Begriffe des Libertären wie Konservativen verwenden, was einschließt, die Legitimität des Konservatismus der Lohnarbeitenden anzuerkennen, die sich gegen ihre ökonomische, soziale und kulturelle Abwertung auflehnen. Es gibt einen Konservatismus der Herrschenden, die ihre Macht- und Eigentumsprivilegien bewahren wollen, und einen Konservatismus der Lohnabhängigen, die ihre hart erkämpften sozialen Errungenschaften verteidigen. Linke politische Kräfte haben die Aufgabe, diese Verteidigung in solidarische Bahnen zu führen und dagegen zu kämpfen, dass er von rechts okkupiert und monopolisiert wird.

In der aktuellen Konstellation sind drei unterschiedliche Klassenbündnisse möglich, auf deren Basis eine mehrheits- und hegemoniefähige Politik angestrebt werden kann: Ein Oben-Mitte-Bündnis mit libertär-marktzentrierter Orientierung, ein Oben-Unten-Bündnis mit marktzentrierter nationalistischer Ausrichtung und ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis, das Schutz mit libertären Forderungen zu verbinden sucht. Unter allen drei Bündnissen ist ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis am schwierigsten zu erreichen. (...)

#### **These 4: Die Abspaltung des BSW entstand aus der Unfähigkeit oder dem Unwillen der Führung der Linken, die eigene Wählerschaft zusammenzuführen.**

Die Partei Die Linke hatte seit 2005 bis 2017 eine sehr heterogene Wählerschaft. Dies teilte sie mit der PDS als einer Vorgängerpartei im Osten Deutschlands. Bei der Bundestagswahl von 2009, als die Partei Die Linke ihr bisher bestes Ergebnis von 11,9 Prozent erzielte, hatten sich unter den Wählenden 18 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter, 11 Prozent der Angestellten, 7 Prozent der Selbständigen, 12 Prozent der Rentnerinnen und Rentner und 25 Prozent der Arbeitslosen (mehr als bei SPD und CDU/CSU) dafür entschieden, der Linkspartei ihre Stimme zu geben. Fast gleichmäßig haben Personen mit sehr unterschiedlichen Bildungsabschlüssen Die Linke gewählt: 12 Prozent mit Hauptschulabschluss, 14 Prozent mit mittlerer Reife, 12 Prozent mit Abitur und 11 Prozent mit Hochschulabschluss. Diese Heterogenität ist die Bedingung des Erfolgs jeder Partei, die über eine enge Ni-

sche hinauswirkt und sich deshalb dauerhaft zu etablieren vermag (...)

Was der Führung der Linken fehlte, war die Fähigkeit zu dialektischer Politik, die noch aus dem Gegenwind des herrschenden Finanzmarkt-Kapitalismus, der auch in den Einstellungen der lohnarbeitenden Klasse verkörpert ist, die Kraft zieht, gegenzuhalten. (...)

Die Aufforderung an Sahra Wagenknecht und ihre Anhänger sowie jene, die die Klassenfrage in den Vordergrund stellten, sich den Mehrheitspositionen von Parteitag und Parteivorstand in Fragen von Migration oder Ukraine-Krieg unterzuordnen, hätte von diesen verlangt, die Abkehr von der sogenannten linkskonservativen Wählerschaft zu vollziehen. Umgekehrt vertrat gerade Sahra Wagenknecht Positionen, die im linkslibertären Milieu auf massive Ablehnung stoßen mussten. Auf dem Erfurter Parteitag im Juni 2022 hatten die Delegierten jenen Strömungen, die in Fragen des Ukraine-Krieges eine stärkere Verurteilung nicht nur der russischen, sondern auch der westlichen Politik anmeldeten und klassenbezogen argumentierten, eine klare inhaltliche wie personelle Absage erteilt und vermittelnde Ansätze abgelehnt. Dies hat die Axt an die Einheit der Partei gelegt und ihre Spaltung vorangetrieben. Und als der Parteivorstand den Angriff auf Wagenknecht und Schwarzer als Organisatorinnen der Demonstration vor dem Brandenburger Tor am 25. Februar 2023 als Betreiber eines gemeinsamen Marschierens mit Faschisten deckte, war der Schwesternmord auf offener Bühne vollzogen und die Parteispaltung unvermeidlich geworden. (...)

#### **These 5: DIE LINKE steht vor der fast unmöglichen Aufgabe, sich unter den Bedingungen der Konkurrenz im linkslibertären wie linkskonservativen Feld zu erneuern.**

Die Linke und das BSW sehen sich nun in einer jeweils völlig unterschiedlichen Situation. Bei der Bildung des BSW folgt Sahra Wagenknecht einer Strategie, die auch Antonio Gramsci im Auge hatte, als er moderate Parteien mit Armeen verglich. Er machte darauf aufmerksam, dass es leichter ist, ausgehend von einem Generalstab »mit einer in hohem Maß kohäsiv wirksamen, zentralisierenden, disziplinierenden und (vielleicht gerade deshalb) erfinderischen Kraft begabt« und »ausgebildeten Offizieren« eine Armee aufzustellen, als »Offiziere auszubilden«. Das BSW wird von oben aufgebaut. Zunächst wird ein hinreichend breites »Offizierskorps« gebildet, bevor die Partei in der Breite geschaffen werden soll. Damit soll die Eigendynamik eines »Hauens« zuströmender Sympathisanten kontrolliert werden. Sahra Wagenknecht hat aus dem Projekt Aufstehen gelernt (...)

Zugleich ist durch die Gründung des BSW und seine bisherigen und absehbaren Erfolge der Linken die Chance auf einen Erfolg bei einer möglichen Hinwendung zu »linkskonservativen« Milieus der Arbeiterinnen und Arbeiter weitgehend verbaut. Ihr eigenes Spaltungsprodukt verhindert dies. Wenn diese Einschätzung stimmt, dann kann am Ende Die Linke sich weder mit der disruptiven Verschärfung des linkslibertären Kurses noch mit einer Wende hin zu einem solidarischen Mitte-Unten-Bündnis kurz- und mittelfristig Chancen ausrechnen. Ihr Absturz in die bundespolitische Bedeutungslosigkeit wird, bleibt der Erfolg aus, dann kaum noch aufzuhalten sein. (...)

#### **These 6: Ohne sozialistische Identität kann es keine dezidiert linke Partei geben.**

Linke Kräfte bedürfen unter dem überwältigenden Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse nach innen wie nach außen einer starken Identität. Diese können sie, so meine feste Überzeugung, nur in der sozialistischen Tradition, in der Tradition des Strebens nach einer solidarischen Gesellschaft als Alternative zur kapitalistischen Klassengesellschaft gewinnen. Dieser Bezugspunkt verlangt es, ganz »konservativ« die Klassenfrage zu stellen: Wem nützt es? Wessen Position in den Eigentums- und Machtverhältnissen wird gestärkt? Welche Wege öffnen zu sozialen, demokratischen, friedensorientierten Alternativen? Wenn solche Fragen im Zentrum stehen, hört die Berufung auf Sozialismus auf, eine bloße Phrase zu sein.

Linke Politik, die die Sicht von »unten« auf die kapitalistische Klassengesellschaft nicht absolut ernst nimmt und als Ausgangspunkt ihrer Politik begreift, verfehlt ihre zentrale Aufgabe. Sie wird die realen Arbeiterinnen und Arbeiter nicht für eine sozialistische Politik gewinnen können. Klassenverbindende Politik bleibt eine Phrase, wenn man gegen die Einstellungen in der Klasse konfrontativ agiert. Das Wesen einer sozialistischen Bewegung und Partei besteht in der Verbindung von realer Arbeiterbewegung, von realen sozialen Bewegungen und deren Anliegen mit dem Ziel der Schaffung solidarischer Gesellschaften. Rosa Luxemburg formulierte ihr Verständnis von sozialistischer, sprich revolutionärer Realpolitik, die im Kapitalismus auf die Überwindung des Kapitalismus zielt, folgerichtig so: »Es gab vor Marx eine von Arbeitern geführte bürgerliche Politik und es gab revolutionären Sozialismus. Es gibt erst seit Marx und durch Marx sozialistische Arbeiterpolitik, die zugleich und im vollsten Sinne beider Worte revolutionäre Realpolitik ist.« (...)

# Immanuel Kant in Rosas Salon

*Im schönen Monat Mai widmete der Freundeskreis Rosas Salon seine 23. Debattenrunde im Felsenkeller dem 300. Geburtstag Immanuel Kants. Sie stand unter dem Motto: Kann der Königsberger Denker noch unser philosophischer Zeitgenosse sein? Was wollte er, was hat er vermocht und was ist von ihm heute noch zu lernen? Dabei sollten seine Konzeption des selbstständigen, öffentlichen und gemeinschaftlichen Gebrauchs der Vernunft, sein kategorischer Imperativ und die Schrift „Zum ewigen Frieden“ besonderes Interesse finden. Als Podiumsgäste agierten die Künstlerphilosophin Konstanze Casa, Vertretungsprofessorin an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch-Gmünd, die Philosophin, langjährige Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Monika Runge und der Philosophiehistoriker Karl-Heinz Schwabe, bekannt als Spezialist für die englische und schottische Aufklärung und die Geschichte der Ästhetik. Da Fachphilosophen im Publikum in der Minderzahl waren, empfahl es sich, der eigentlichen Podiumsdiskussion einführende Texte zur allgemeinen Orientierung voranzustellen: Dazu boten sich eine vor der Leibniz Sozietät der Wissenschaften gehaltene Kant-Rede des Rechtsphilosophen Hermann Klenner und das Kapitel „Die Tischgesellschaft“ aus Steffen Dietzschs großartiger Biographie an. Die Texte wurden von Elli Neuhaus, Alexander Schmidt und Peter Wasem vorgelesen. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus Klenners Vortrag und den Darlegungen von Dr. Monika Runge und Prof. Dr. Karl-Heinz Schwabe:*

\*

*Vor dreihundert Jahren wurde im damals in Preußen liegenden Königsberg (dem seit 1946 zu Russland gehörenden Kaliningrad mit seiner seit Juli 2005 nach dem jetzigen Jubilar benannten Immanuel-Kant-Universität) einer der bedeutendsten Philosophen nicht nur Deutschlands geboren.*

*Mit Fichte, Hegel und Feuerbach leitete Kant den Denkweg ein, der schließlich zu Karl Marx führte.*

*Ohne diesen Vorauskang wäre der deutsche wissenschaftliche Sozialismus nie zustande gekommen, war die Meinung von Friedrich Engels, der auch Lenin – der übrigens Kants Werke mit in die Verbannung nahm – zustimmte. (Hermann Klenner)*

\*

## Gedankensplitter zum 300. Geburtstag von Immanuel Kant

Von Monika Runge

Am 23. Mai versammelten sich fast 50 Interessenten in Rosas Salon, um an die für die westliche Welt und darüber hinaus bedeutenden Leistungen Immanuel Kants zu erinnern. Als wirkungsmächtigster Philosoph der Neuzeit und der Aufklärung leitete er eine Revolution der Denkart ein – unser Denken richtet sich nicht nur nach der Welt, sondern die Welt auch nach unserem Denken –, er überwand den Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, Denken und Handeln und stellte die Theorie in den Dienst der Praxis. Kant verstand den Menschen als freies, mit Würde ausgestattetes und aktives Wesen.

Als Anhänger der Französischen Revolution plädierte er auch für eine innere Revolution des Menschen, nämlich am „Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“ zu arbeiten. Von seinen drei großen Schriften zur Kritik – „Kritik der reinen Vernunft“, „Kritik der praktischen Vernunft“ und „Kritik der Urteilskraft“ – gilt das Buch „Zur Kritik der reinen Vernunft“ als sein Hauptwerk.

In seiner „Grundlegung der Metaphysik der Sitten“ formulierte Kant seinen berühmten kategorischen Imperativ: „Handle nur nach derjenigen Maxime, von der du wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ In seiner politisch höchst bedeutsamen Schrift „Zum ewigen Frieden“ 1795 formulierte er die Bedingungen für einen wirklichen Frieden als höchstes politisches Gut: „Wirklicher Friede ist ein Rechtszustand zwischen Staaten in Analogie zum Rechtszustand zwischen den Bürgern eines Staates. Genauso ist der Naturzustand zwischen Staaten ein Unrecht, weil ohne dauerhafte Friedensordnung kein Staat vor Übergriffen, Eroberung, Ausplünderung sicher ist.“ Kriege können rechtens sein, als Antwort auf eine Aggression oder Bedrohung durch einen anderen Staat, solange keine umfassende Weltfriedensordnung existiert. Insofern hat Kant mit seiner Forderung nach einer globalen Föderation von Staaten, die das Völkerrecht zwischen Staaten als Republiken sichert, dazu beigetragen, dass der USA-Präsident Wilson nach dem Ersten Weltkrieg zur Gründung des Völkerbundes aufrief. Auch die Anerkennung universeller Menschenrechte durch Kant floss in die UN-Menschenrechtscharta ein.

Kant schrieb allen Menschen eine Würde zu, was in das deutsche Grundgesetz Eingang fand. Artikel 1 des Grundgesetzes lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“

\*

## Kann der Königsberger Denker noch unser philosophischer Zeitgenosse sein?

Von Karl-Heinz Schwabe

Wenn ich Lessings „Nathan der Weise“ oder Goethes „Faust“ lese, um nur zwei Gestalten aus der Epoche Kants herauszugreifen, werden mir diese auch irgendwie zu Zeitgenossen, denn ich tauche ein in ihre Lebens- und Gefühlswelt und gestatte ihnen auch den Zutritt in mein Leben. Mit einem Bild Hogarths kann ich mir diesen Maler zum Gefährten für einen Trip durch das London des 18. Jahrhunderts wählen. Und wenn ich eine Platte mit einem Klavierkonzert Mozarts auflege, wird mir der Wiener Klassiker sogar zum Zimmergenossen.

Ganz so einfach ist das natürlich mit Kant nicht. Zwar lade ich mit der Lektüre der „Kritik der reinen Vernunft“ Kant dazu ein, mich an seiner Gedankenwelt teilhaben zu lassen; aber dieser steht meine eigene Gedanken- und Lebenswelt gegenüber. Um Kant als Zeitgenossen zu gewinnen, muss ich mich mit seinen Ideen in ihrem Entwicklungsgang auseinandersetzen, ich muss sie mir theoretisch aneignen. (Das ist wahrscheinlich bei der Musik oder belletristischen Literatur ähnlich.)

Für diesen aktiven Aneignungsprozess kann es sehr hilfreich sein, wenn mir jemand den zugrunde liegenden Text nahe bringt, ihn interpretiert. An Schulen und Hochschulen sind das in der Regel Lehrer, denen diese Funktion des Interpretieren obliegt. Von ihnen hängt maßgeblich ab, ob eine Vermittlung zwischen Autor und Leser gelingt – d. h. also auch, inwiefern und auf welche Art uns Kant ein Zeitgenosse werden kann.

Ein solcher Lehrer war für uns, die Philosophiestudenten der Karl-Marx-Universität Anfang der sechziger Jahre, Helmut Seidel (1929–2007), damals Dozent für Geschichte der Philosophie und später als abgewickelter Professor Mitbegründer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und deren Philosophischen Arbeitskreises, als dessen Fortsetzung sich heute „Rosas Salon“ versteht. Wir hörten 1963/1964, also vor 60 Jahren, seine Kant-Vorlesung. Diese Vorlesung weckte uns, um mit Kant zu reden, aus einem „dogmatischen Schlummer“, in den uns die damals durchaus noch gängige starre Entgegensetzung von Materialismus und Idealismus gewiegt hatte. Galt von einem solchen Standpunkt aus Kants Philosophie als obsolet und höchstens von historischem Interesse, so zeigte uns Seidel, welche weitreichenden Wirkungen Kants Kritik am Zustand der Philosophie seiner Zeit für die weitere Entwicklung der Wissenschaften und des philosophischen Denkens hatte.

Kant war – nach eigenem Eingeständnis – von dem schottischen Philosophen David Hume selbst aus einem „dogmatischen Schlummer“ geweckt worden, der damals die Philosophie befallen hatte („Prolegomena zu einer jeden künftigen Metaphysik, die als Wissenschaft wird auftreten können“). Er erkannte, dass der Grund für die daraus erwachsenden Schwierigkeiten in der Philosophie selbst lag: „Die menschliche Vernunft“, so argumentiert er im Vorwort zur 1. Auflage der „Kritik der reinen Vernunft“, „hat das besondere Schicksal in einer Gattung ihrer Erkenntnisse: dass sie durch Fragen belästigt wird, die sie nicht abweisen kann; denn sie sind ihr durch die Natur der Vernunft selbst aufgegeben, die sie aber auch nicht beantworten kann; denn sie übersteigen alles Vermögen der menschlichen Vernunft.“ In diese Verlegenheit gerate sie ohne eigene Schuld; denn sie beginne mit Grundsätzen, deren Gebrauch sich im Laufe der Erfahrung bewährt habe, überschreite aber dann jeden Erfahrungshorizont, so dass ihr Geschäft unvollendet bleiben müsse und die Fragen niemals aufhören würden. „Dadurch aber stürzt sie sich in Dunkelheit und Widersprüche, aus welchen sie zwar a[n] nehmen kann, dass irgendwo verborgene Irrtümer zum Grunde liegen müssen, die sie aber nicht entdecken kann, weil die Grundsätze, deren sie sich bedient, da sie über die Grenze aller Erfahrung hinausgehen, keinen Probestein der Erfahrung mehr anerkennen. Der Kampfplatz dieser endlosen Streitigkeiten heißt nun Metaphysik.“ („Kritik der reinen Vernunft“, Vorrede zur ersten Ausgabe vom Jahre 1781.)

Kant wies damit auf eine scheinbar ausweglose Situation in der Philosophie hin. Um diese Lage zu überwinden, analysierte er das gesamte Erkenntnisvermögen des Menschen (Verstand, Vernunft, Urteilskraft) hinsichtlich seiner Bedingungen und Grenzen, um die Philosophie radikal zu erneuern.

Die Ergebnisse dieser gewaltigen Geistesarbeit sind vor allem in seinen kritischen Schriften, die er ab 1781 veröffentlichte, ausführlich dargestellt. Er umreißt darin das gesamte Gebiet der Philosophie mit vier Fragen: „Was kann ich wissen?“ „Was soll ich tun?“ „Was darf ich hoffen?“ „Was ist der Mensch?“ Darauf versucht Kant in seinen Werken „Kritik der reinen Vernunft“, „Kritik der praktischen Vernunft“, „Kritik der Urteilskraft“ sowie in seinen anthropologischen und zeitkritischen Abhandlungen Antworten zu finden. Für ihn ist Aufklärung ein unverzichtbares Mittel zur Überwindung des kritischen Zustandes der Philosophie. „Aufklärung“, so argumentiert er, „ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. [...] Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des

Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“

Kant fordert Mut wohl vor allem in Hinblick auf den Kampf gegen die alten Mächte seiner Zeit. Aber er will sich durchaus auch in Hinsicht auf die im aufklärerischen Denken noch vorherrschenden Ansichten des Rationalismus und Empirismus, die zu Dogmatismus und Skeptizismus führen, seines eigenen Verstandes bedienen. Mit seiner an Hume anknüpfenden kritischen Einschätzung der Vernunftprinzipien hinsichtlich ihres Geltungsbereiches wie auch der sinnlichen Eindrücke hinsichtlich ihrer Objektivität geht er entschieden über die Aufklärungsbewegung des 18. Jahrhunderts hinaus und reißt so manches Gedankengebäude ein. In gewissem Sinne ist er ein Aufklärer der Aufklärung. Moses Mendelssohn nennt ihn auch den „Alleszermalmer“.

Kritik der Vernunft, der Sitten, der Religion und überhaupt der Zustände seiner Zeit wird damit zu einem Kernanliegen von Kants Denkens. „Man kann die Kritik der reinen Vernunft als den wahren Gerichtshof für alle Streitigkeiten derselben ansehen“, hebt er hervor. Die Wissenschaft, die diese Kritik zu leisten hat, ist die Transzendentalphilosophie. Sie fasst die Erkenntnis als eine synthetische Leistung des Subjekts auf, durch die die sinnlichen Eindrücke aktiv mit Begriffen apriori, wie dem der Kausalität, zu einem Urteil verbunden werden und erst dadurch die Erfahrung bilden. Erfahrung entsteht also aus der Rezeptivität der Eindrücke und der Spontaneität der Begriffe. Dort wo wir keine Anschauung und keine entsprechenden Begriffe haben, gibt es keine Erkenntnis. „Gedanken ohne Inhalt sind leer, Anschauungen ohne Begriffe sind blind“, sagt Kant in der „Kritik der reinen Vernunft“.

An diese Auffassung der Erkenntnis als einer Tätigkeit des Subjekts knüpft Marx an, wenn er in der 1. Feuerbachthese argumentiert: „Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus (den Feuerbachschen mit eingerechnet) ist, dass der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefasst wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis; nicht subjektiv. Daher die tätige Seite abstrakt im Gegensatz zu dem Materialismus von dem Idealismus – der natürlich die wirkliche, sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt – entwickelt.“ Darauf bezieht sich Seidel, wenn er die Bedeutung Kants für das moderne Philosophie- und Wissenschaftsverständnis hervorhebt. In dieser Hinsicht macht er ihn zu unserem Zeitgenossen.

Dem Weg von Helmut Seidels Darstellung der Philosophie Kants folgte unsere Kollegin Martina Thom (1935–2019). Sie hat insbesondere in den 1970er Jahren intensiv zu Kant geforscht und galt in der DDR und international als ausgewiesene Kant-Spezialistin. Auf der Grundlage eines neuen Kant-Bildes hat sie dazu beigetragen, die Kantforschung zu einem eigenen Arbeitsgebiet in der philosophiehistorischen Arbeit der DDR zu entwickeln. Zum 250. Geburtstag Kants veröffentlichte sie im Urania-Verlag eine kompakte Biographie. Darin hebt sie die Bedeutung Kants für die humanistische Traditionspflege und für das revolutionäre Denken hervor. Sie geht dabei von Marx' aus, der die Philosophie Kants im „Philosophische Manifest der historischen Rechtsschule“ als „die deutsche Theorie der französischen Revolution“ gewürdigt hat. Das besondere Interesse von Martina Thom galt den moralphilosophischen Ansichten, die Kant in der „Kritik der praktischen Vernunft“ und in der „Grundlegung der Metaphysik der Sitten“ entwickelt. In diesen von ihr im Reclam-Verlag herausgegebenen Schriften geht es Kant um die Grundsätze der Willensbestimmung des Menschen und damit um die Bedingungen der Möglichkeit freien Handelns. Indem Martina Thom die Moralphilosophie Kants in den Mittelpunkt ihrer Reflexionen rückt, bringt sie ihn uns auf eine Weise nahe, als würde er uns einen Spiegel unserer Zeit vorhalten. Ob er aber bei diesem kritischen Blick auf die menschliche Natur uns allerdings zum Zeitgenossen haben möchte, ist ungewiss.

Einen unserer Kollegen und Freunde möchte ich für den Kreis der Kantforscher noch nennen: Steffen Dietzsch, der auch Schüler von Helmut Seidel war und einem Immatrikulationsjahrgang angehörte, in dem viele kreative Köpfe versammelt waren, unter ihnen auch Wilfried Lehrke und Manfred Neuhaus von der historischen Sektion.

Steffen Dietzsch hat uns in vielen Publikationen ein eigenes Kantbild vermittelt. Besonders hervorheben möchte ich die zusammen mit Birgit Dietzsch herausgegebenen kleinen Schriften zur Kunst, Philosophie, Geschichte und Politik unter dem Titel „Von den Träumen der Vernunft“. In dem Band sind originelle und zeitkritische Schriften versammelt, die uns das Bild eines lebendigen und seiner Zeit zugewandten Philosophen vermitteln, darunter die in neuerer Zeit viel diskutierte Abhandlung „Zum ewigen Frieden“. Mit ihrem Band kleiner Schriften machen uns die Herausgeber Kant auch sprachlich zu einem angenehmen Zeitgenossen. Und mit Steffen Dietzschs Kant-Biografie, die 2003 aus Anlass des 200. Todestages des großen Denkers erschien, wird er uns sogar zum Tischgenossen einer illustren Mittagsgesellschaft in seinem Königsberger Salon.

# Überausbeutung und globalisierter Kapitalismus

Christian Annecke Rezension der neuen Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 138

Proletariat und Reichtum sind Gegensätze. Sie bilden als solche ein Ganzes. Sie sind beide Gestaltungen der Welt des Privateigentums. Es handelt sich um die bestimmte Stellung, die beide in dem Gegensatz einnehmen. Es reicht nicht aus, sie für zwei Seiten eines Ganzen zu erklären. [...] Die besitzende Klasse und die Klasse des Proletariats stellen dieselbe menschliche Selbstentfremdung dar. Aber die erste Klasse fühlt sich in dieser Selbstentfremdung wohl und bestätigt, weiß die Entfremdung als ihre eigene Macht und besitzt in ihr den Schein einer menschlichen Existenz; die zweite fühlt sich in der Entfremdung vernichtet, erblickt in ihr ihre Ohnmacht und die Wirklichkeit einer unmenschlichen Existenz. (MEW 2, S. 37) Das Zitat von Marx und Engels, aus der Frühschrift „Die Heilige Familie“, beleuchtet die tiefgreifenden Gegensätze zwischen Proletariat und Reichtum, die im Kontext der Überausbeutung und des globalen Kapitalismus besonders relevant sind. Es betont, dass beide Klassen Produkte des Privateigentums sind und in ihrer Beziehung zueinander eine Einheit bilden, die durch die Dynamik von Macht und Ohnmacht gekennzeichnet ist. Die besitzende Klasse, die sich in der Selbstentfremdung behaglich fühlt, repräsentiert die Machtstrukturen des Kapitalismus, die es ihr ermöglichen, ihren Reichtum auf Kosten des Proletariats zu mehren. Im Gegensatz dazu steht das Proletariat, das in der Entfremdung seine eigene Unterdrückung und Ausbeutung erkennt. Diese Analyse ist für das Verständnis der Mechanismen globaler Kapitalakkumulation und der daraus resultierenden sozialen Ungleichheiten von zentraler Bedeutung. Sie zeigt auf, wie die Überausbeutung des Proletariats nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine menschliche Dimension hat, indem sie die Existenz der Arbeiterklasse entwertet und ihre menschliche Würde untergräbt.

Die Globalisierung von Produktionsketten, die Verbindung von Ländern auf verschiedenen Entwicklungsstufen, zunehmende Arbeitsmigration und Berichte über die Arbeitsbedingungen von Migranten und Migrantinnen haben die Diskussion um extreme Ausbeutung angefacht. Dieses Konzept wird jedoch erst im Kontext von Marx' Ausbeutungstheorie verständlich. In der neuen Z. 138 vom Juni 2024 finden sich interessante Artikel, welche versuchen ein wenig Licht ins Dunkle der Ausbeutung zu finden. Laut Janina Puder, Eleonora Roldán Mendivil und Bafta Sarbo liegt extreme Ausbeutung vor, wenn das Einkommen der

Lohnabhängigen nicht ausreicht, um ihre Lebenshaltungskosten unter den jeweiligen historischen und moralischen Gegebenheiten zu decken. Sie identifizieren u. a. zwei Aspekte: Einerseits führen Entwicklungsgefälle zu extremer Ausbeutung in ärmeren Ländern, andererseits existiert diese auch in reicheren Nationen des globalen Nordens. Der Fokus ihrer Analyse liegt auf die Analyse der Überausbeutung im marxischen Werk und in der Dependenztheorie, also Diskussionen um ein Nord-Süd/Zentrum-Peripherie-Verhältnis.

Empfehlenswert zu lesen sind auch die Texte von Andy Higginbottom und John Smith. Ersterer identifiziert eine dritte Form des Mehrwerts, den "relationalen Mehrwert", der durch Löhne entsteht, die unter den Reproduktionskosten liegen, und sieht diesen als zentral für die kapitalistische Produktionsweise an. John Smith argumentiert, dass Marx die Ausbeutung nicht vollständig begreifen konnte, da die kapitalistische Produktionsweise und imperialistische Ausbeutungsverhältnisse zu seiner Zeit noch nicht vollständig entwickelt waren. Er glaubt, dass erst der entwickelte Imperialismus die systematische Überausbeutung der Arbeiter des globalen Südens ermöglicht und so den Kapitalisten des Nordens erlaubt, von dieser Ausbeutung zu profitieren. Beide Autoren lehnen die Vorstellung ab, dass abhängige Länder zu entwickelten kapitalistischen Ökonomien aufsteigen können.

Jörg Zimmermann diskutiert Andrea Riccis Modell des ungleichen Tauschs und der globalen Ausbeutung. Riccis unternimmt den Versuch, die mit dem Welthandel einhergehenden internationalen Wertübertragungen zu messen. Diese Wertübertragungen lassen sich nicht allein durch machtbasierten ungleichen Austausch erklären. Vielmehr richten sich die Preise und der Warenaustausch auf dem globalen Markt nach dem Wertgesetz, welches jedoch durch verschiedene "Produktionsleichtigkeiten" beeinflusst wird, wodurch der Tausch von Arbeitsleistungen zwischen Ländern variieren kann, wie Marx anmerkte.

Eine besondere Leseempfehlung ist für den Text von Peter Schadt zum „Patent- und Urheberrecht im Zeitalter der künstlichen Intelligenz“ auszusprechen. In der Z. 137 analysierte Schadt bereits den „KI-Aktionsplan“ der Bundesregierung, nun beleuchtet er die Funktion von Patenten und Urheberrechten im Zeitalter von ChatGPT und OpenAI sowie die Idee der elektronischen Person. Dabei untersucht er, wie der Staat durch diese Rechte sowohl private Eigentumsansprüche an KI-Technologien als auch das ideale gesamt-kapitalistische Interesse an einer weitreichenden Nutzung von KI fördert.

Weitere Beiträge beschäftigen sich beispielsweise mit den Arbeitskonflikten 2023, Rezensionen von neu erschienenen Büchern zu Lenin anlässlich seines 100. Todestages oder auch zum Thema „Der Gaza Krieg und Lateinamerika: Klassenkampf im multipolaren Umbau der Welt.“

Ein besonderer Hinweis ist für die Marxistische Studienwoche 2024 auszusprechen, welche vom 12.08. – 15.08 in Frankfurt von der Z. veranstaltet wurde. In Zeiten globaler Herausforderungen und Krisen bietet die neue Z. somit eine wertvolle kritische Perspektive, die für Linke von unschätzbarem Wert ist. Sie ermöglicht weiterhin die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch die Linse marxistischer Theorie nachzuvollziehen und präsentiert tiefgehende Analysen und Diskussionen, die zum Nachdenken anregen. In einer Welt, in der die Ungleichheit zunimmt, die Linke in der Krise ist und die Suche nach einem richtigen Leben im Richtigen immer dringlicher wird, kann die Z. als ein Kompass dienen, der Linke durch die komplexen politischen Gewässer der heutigen Zeit navigiert. Sie ist nicht nur eine Quelle der Inspiration, sondern auch ein Werkzeug zur Weltveränderung.



# Armut – Stigmatisiert, problematisiert und für gut befunden.

**Christian Annecke** Der Paritätische Wohlfahrtsverband legte vor kurzem seine neuesten Zahlen zur Armutssituation in Deutschland vor. 14,2 Millionen Menschen galten als arm. Mit arm ist hier jede Person gemeint, deren Einkommen mehr als 40 Prozent unter dem in Deutschland üblichen mittleren Einkommen liegt. "Durchwachsen" nennt Ulrich Schneider, vor kurzem noch Chef des Paritätischen, den Befund mit Blick auf die stagnierenden Zahlen. In einigen deutschen Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg sind die Armutsraten relativ niedrig, während andere wie das Saarland, Sachsen-Anhalt, Hamburg und Nordrhein-Westfalen Armutsquoten von über 19 Prozent verzeichnen. Bremen liegt mit einer Quote von 29 Prozent deutlich höher. Besonders betroffen ist das bevölkerungsreiche Nordrhein-Westfalen, wo die Armut seit 2006 um 42 Prozent gestiegen ist, eine Rate, die doppelt so hoch ist wie im nationalen Durchschnitt. Im Ruhrgebiet, der Region mit der höchsten Armut, leben von den 5,1 Millionen Einwohnern eine Million unter der Armutsgrenze.

So viel zum Faktischen. Aber wie kann das eigentlich sein, dass, obwohl der Mindestlohn 2015 eingeführt wurde, die Armut nicht substantiell verringert wurde? Innerhalb der Medien ist der Mindestlohn damals fast überall auf positive Resonanz gestoßen. Nach wie vor ist der Mindestlohn eines der sozialdemokratischen und linken Säulenheiligen. Von ZEIT bis ND, von FAZ bis zum Vorwärts: Überall wurde eingesehen, dass es ja wohl nicht sein kann, wenn man im Friseur „Ruck Zuck“ in Thüringen nur 4 € die Stunde bekommt. Ach ja, die gute alte Sozialdemokratie hatte damals ihr Herz wieder für die Lohnabhängigen gefunden, ist dorthin gegangen, „wo es dreckig ist“ (Sigmar Gabriel). Die Forderung nach einem Mindestlohn war damals der Wahlkampfschlager schlechthin und wird auch weiterhin, in der Forderung der Mindestloohnerhöhung, in künftigen Wahlkämpfen hoch und runter gespielt.

Dementsprechend war dieses Lied lange ein Evergreen. Klar, die Unternehmerverbände sind natürlich weiterhin dagegen, betiteln das als Freiheitsbeschneidung ins freie Unternehmertum, in einen Eingriff in die Marktwirtschaft. Aber auch sie haben sich arrangiert.

Was ist das aber eigentlich für eine Zufriedenheit, mit der da der Mindestlohn politisch honoriert wird? Worum geht es da und wie kann es folgende Situationen geben, die das Faktische des Armutsberichtes noch einmal anders beschreibt:

Menschen gehen durch die Städte. Am Straßenrand sieht man sie. In den Plattenbausiedlungen sieht man sie. In den Medien wird über sie berichtet; die Armut. Man erfährt vom Überlebenskampf aller möglichen Verelendeten. Von Obdachlosen, die im Winter zu erfrieren drohen, von Leuten, die zur Tafel gehen, um zu überleben, von Menschen, die es sich nicht leisten können eine medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen, von den Problemen ganz „normaler“ Leute, die bei den Versuchen, die grundlegenden Ausgaben zu decken, regelmäßig scheitern.

Zunächst: Wie wird Armut eigentlich aufgefasst, verarbeitet und beschrieben?

1. Wenn über Armut berichtet wird, und das zeigt auch die Medienberichterstattung über den Armutsbericht, neigen die Beschreibungen immer dazu, die Armut von der menschlichen Seite aufwändig und regelmäßig zu bedauern und genau bei dieser Deskription stehen zu bleiben. Die Millionen Menschen, die man als arm beschreibt, sind dann in diesen Schilderungen lediglich „menschliche Schicksale“. Statt nach dem Warum zu fragen, d. h. warum dieses Wirtschaftssystem so etwas massenhaft produziert, landet man bei der individuellen Betroffenheit. Und wenn diese „menschlichen Schicksale“ dann begutachtet, bedauert oder auch ignoriert werden, kommt das daher, dass man Armut als ein „Schicksal“ definiert, im schlimmsten Fall noch als „Einzelschicksal“. Hier korreliert das Mitleid über die alleinerziehende Mutter oder über den Rentner der Flaschen sammelt oftmals mit der Nachfrage, ob der- oder diejenige nicht selber an seinem „Schicksal“ schuld ist. Dass man die Lebenssituation der Person nicht übelnimmt, versucht man noch damit zu retten, indem man das Adjektiv „unverschuldet“ als Beschreibung benutzt. Doch ist diese Mitleidstour irgendwie hilfreich, wenn sie genau dabei stehen bleibt? Löst das die Probleme? Fragt das nach den Ursachen?

2. Wenn man nicht lediglich bei der empathischen Mitleidsbekundung stehen bleibt, wird versucht, das Thema Armut wissenschaftlich zu erklären. Oder im besten Fall: zu verschlüsseln.

So wird festgestellt, dass Armut ein vielschichtiges und multidimensionales Problem ist, das viele Ursachen haben kann und zahlreiche Folgen beinhaltet. Vielschichtig, multidimensional, viele Ursachen, zahlreiche Folgen. Die Sprache der Soziologie als Hieroglyphe in Reinform. Hinter dieser Verklausulierung verbirgt sich der Unwille, die tatsächliche wirtschaftliche Ursache zu

erklären und Armut nicht nur als kompliziertes Geflecht zu beschreiben. Oder ist Armut lediglich, wie oft konstatiert, „kein Geld zu haben“?

Wissenschaftlich wird also nun versucht, dieses komplizierte Geflecht zu entwirren, indem konstatiert wird: In gewisser Weise hängt die Beantwortung dieser Frage davon ab, wie man ‚Armut‘ definiert. Feststellung: Um die Definition von Armut geht es also. Armut ist also nicht bloß einfach: kein Geld haben. Jetzt wurde das Herumdoktern am Definitionsbegriff begonnen und dann stößt man auf die Entdeckung, dass es noch andere Formen der Armut gibt: Unter der kann man sich alles Mögliche vorstellen. Dann wird oft gefragt: Existieren noch andere Formen der Armut, wie z. B. kulturelle, soziale oder auch emotionale Armut?

Da kann man also reich, sozial und emotional sein, zugleich aber auch Kulturbanause, und am Ende ist man also „arm“. Das ist die wissenschaftliche Fassung der populären Spruchweisheit „Geld allein macht nicht glücklich“. Damit ist schon mal klar, dass noch lange nicht feststeht, dass die, die unter Geldmangel leiden, auch wirklich arm sind – sie können ja trotz allem „kulturell, sozial und emotional“ gut ausgestattet sein. Schon hat sich das mit der Armut relativiert. Oder anders ausgedrückt: Sie ist „wissenschaftlich umstritten“, und keiner darf sich einbilden, er hätte die Wahrheit über die Armut gepachtet.

3. Was man auch noch tun kann: Statt nach den Gründen der Armut kann man auch nach einem „Armutrisiko“ fragen und die Millionen arbeitenden Menschen, d. h. Lohnabhängig Beschäftigten daraufhin untersuchen. Die sind, wie die Armutsforscher ermittelt haben, von solchen „Risiken“ bedroht wie: Kinder, Ausbildungs Nachteile, Jugend, Krankheit, Scheidung, Alter usw. Es wird festgestellt, dass die Millionen, die von ihrem Lohn leben, nicht arm sind, sondern arm sind sie erst dann, wenn das „Risiko“ eintritt. Lohnarbeit, so die Annahme, schützt also vor Armut, was man besonders am größten „Armutrisiko“ sieht: der Arbeitslosigkeit. Das stimmt: Die Millionen Beschäftigten haben nur ein Mittel, von dem sie leben können: ihre Arbeitskraft – wenn die auf dem Arbeitsmarkt nicht nachgefragt wird, haben sie nichts, wovon sie leben können. Es ist interessant, dass behauptet wird, dass sie mit Lohnarbeit auf jeden Fall schon mal nicht arm sind, dass also die Lohnarbeit ein für sie taugliches Mittel wäre. Dass es sich dabei um eine Verdrehung von Tatsachen handelt, zeigen schließlich die ganzen anderen „Armutrisiken“. Kinder, Krankheit, Scheidung

usw. – das sind doch erstens lauter normale Ereignisse, die im Lohnarbeitsverhältnis ständig vorkommen, und das sind zweitens Ereignisse, die reiche Menschen nur in den extremsten Ausnahmesituationen in die Armut stürzen können. Wenn aber ein „Risiko“ schon reicht, einen „lohnabhängig Beschäftigten“ in die Armut zu stürzen, dann heißt das doch nur, dass seine gesamte Existenz grundsätzlich und immer gefährdet ist – und das deswegen, weil er einer ständigen Verarmung ausgesetzt oder zumindest davon bedroht ist. In der Rede von den „Armutsrisiken“ ist das aber verdreht: Da darf sich der Mensch freuen, wenn er seiner Lohnarbeit nachgehen kann, weil ja die noch größere Armut, die ihm in Form der „Armutsrisiken“ droht, noch nicht eingetreten ist. Tritt sie dann doch ein, darf man das auf keinen Fall so sehen, dass das seinen Grund in der gewöhnlichen Lohnarbeit hat – sehen soll man das als eine Ausnahme, als das ganz spezielle Unglücksschicksal des Individuums.

So geht die Untersuchung der Armut. Dann wird sie aber auch entschlossen politisch „bekämpft“. Armen Leuten so viel Geld, also Zugriffsmacht auf Waren und Dienstleistungen, zu geben, dass sie davon leben können (und nicht nur existieren), ist damit oft nicht gemeint, das höchste der Gefühle ist die Forderung nach einem Mindestlohn. Den soll man als Schutz vor allzu großer Verarmung sehen – aber was ist die Forderung nach einer Lohnuntergrenze anderes als das Eingeständnis, dass diese Verarmung ständig passiert?

Die Politiker des „Förderns und Forderns“ von Rot-Grün haben vielleicht eingesehen, dass die gesamte Entfristung, Prekarisie-

rung etc. irgendwie doch zu wahlschädigend gewesen ist. Es wurde festgestellt, dass immer mehr Beschäftigte nicht von ihrem Lohn leben können. Da wird die Mehrheit der Bevölkerung aufgrund des Wirtschaftssystems dazu genötigt, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dann kriegen Millionen nicht einmal mehr das hin. Der Arbeitskraftunternehmer braucht somit dringend Weiterbildungen oder neudeutsch Coaches, die ihn doch mal bitte besser zurichten sollen, damit das mit der Bewerbung der eigenen Arbeitskraft auch klappt.

Man könnte aber auch konstatieren, dass sich da etwas ausschließt. Nämlich, dass sich Lohnzufriedenheit und Profitzufriedenheit im Kapitalismus nicht vertragen. Der Zweck der Bezahlung der Arbeit durch die Unternehmer liegt nicht darin, dass die malochenden Lohnempfänger davon leben können. Der Zweck eines Unternehmens ist nicht die Sozialfürsorge, sondern Gewinnerwirtschaftung. Und leider haben die meisten Menschen keine andere Einkommensquelle, als ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen. Und autark im Wald leben will ja auch keiner. Also müssen wir uns und unsere Fähigkeiten feilbieten, müssen wir das irgendwie organisieren. Da das immer weniger gelingt, greift also Väterchen Staat ein. Und wie macht er das? Es wird nicht kritisch darüber nachgedacht, warum Menschen nicht von ihrem Lohn leben können, was es für Zusammenhänge und Interessensgegensätze zwischen den so genannten Arbeitgebern und Arbeitnehmern gibt, sondern der Staat führt eine Untergrenze des Lohns ein, ergo bis zu welchem Niveau die Unternehmer den Lohn absenken dürfen.

Immerhin besser als nichts. Aber denken wir doch mal weiter, es stellt sich die Frage, was ist eigentlich der Lohn im Kapitalismus, wenn schon eine Lohnuntergrenze eingeführt werden muss, damit Menschen ihr Auskommen haben. Wie ist es zu erklären, dass der reguläre Lohn die Existenz von Millionen von Menschen nicht sichert? Und was für Interessen hat denn der Staat da einzugreifen?

Oder der Aufruf zu mehr Bildung als Verhinderung von Armut? Der Staat hat hierfür ein Allheilmittel, das er der Bevölkerung anpreist. Es besteht aus nur zwei Zutaten. Die Erste ist Bildung, damit der Mensch seine Arbeitskraft in Konkurrenz zu anderen besser verkaufen kann. Allumfassende Bildung ist damit nicht gemeint, sondern nur pure Ausbildung in der Konkurrenz mit anderen späteren Lohnabhängigen. Und was ist von der Forderung zu halten, der Staat solle die Armut bekämpfen, indem er „Beschäftigungspolitik“ betreibt? Mit Gesetzen schafft er die Voraussetzungen für „Beschäftigung“, die zweite Zutat des Allheilmittels. Solche Gesetze laufen immer nur auf eines hinaus: das Verhältnis von Lohn und Leistung für die kapitalistischen Unternehmen zu optimieren, ergo Lohnniveau senken, Stundenzahlen erhöhen, Kündigungsschutz lockern etc. Also immer mehr Leistung für immer weniger Lohn zu erbringen, was für die Arbeitenden heißt: Sie geraten immer mehr in die Armut, gegen die die Beschäftigung das Allheilmittel sein soll.

Armut als Ausschluss vom Reichtum. Zy-nisch, aber politisch so gewollt.



# 1. Tagung 9. Stadtparteitag

## Kandidaturen zum Stadtparteitag

Am 28. September findet ab 9:30 Uhr die 1. Tagung des 9. Stadtparteitages im Felsenkeller statt. Auf dieser wird unter anderem ein neuer Stadtvorstand gewählt. Wer dafür kandidieren möchte, sollte dies bitte in unserer Geschäftsstelle anzeigen (Email: [steffi.deutschmann@die-linke-in-leipzig.de](mailto:steffi.deutschmann@die-linke-in-leipzig.de)). Auf dem Parteitag wird der Stadtvorstand und die Finanzrevisionskommission sowie die delegierten für den Landesparteitag und die VertreterInnen für den Landesrat gewählt. Wer auf dem nächsten Stadtparteitag für

den Stadtvorstand kandidieren möchte, kann sich im nächsten Mitteilungsblatt vorstellen. Vorstellungstexte bis maximal 1.900 Zeichen (reiner Fließtext inkl. Leerzeichen, exkl. Namen) werden abgedruckt. Wenn gewünscht auch mit Bild.

## HelferInnen für den Stadtparteitag

Da der Stadtparteitag wieder als Gesamtmitgliederversammlung angelegt ist, auf welcher wir hunderte GenossInnen erwarten, brauchen wir dafür jede Menge HelferInnen. Es gilt den Auf- und Abbau zu

stemmen und auch die verschiedenen Kommissionen und Leitungen zu besetzen. Wer dabei mit helfen möchte, sollte sich bei [steffi.deutschmann@die-linke-in-leipzig.de](mailto:steffi.deutschmann@die-linke-in-leipzig.de) oder unter 0341-14064411 im Liebknecht-Haus melden oder online in unserer Abfrage eintragen: Link zur Abfrage

Alle Infos und Materialien zum Parteitag befinden sich hier: <https://www.die-linke-in-leipzig.de/dokumente/stadtparteitag/9-stadtparteitag/1-tagung/>

# Danke für die Spenden für die Kinder auf dem Westbalkan

In der ersten Juliwoche verbrachte ein Team des Vereins „Perspektiven für Kinder auf dem Westbalkan“ fast eine Woche in den Ländern Albanien und Kosovo, um den Ärmsten in dieser Region sowohl Geld als auch Sachspenden zu übergeben. Während es für die Vereinsmitglieder Michael Eichhorn und Ralph Rüdiger bereits zum 13. bzw. 17. Mal in den Westbalkan ging, war es für Kay Kamieth die erste Projektfahrt, der er sich als Freiwilliger angeschlossen hatte.

Während Ralph nach Tirana flog, fuhren Micha und Kay den mit Sachspenden gefüllten Transporter zum Westbalkan. Von Leipzig aus gestartet, ging es 1.700 km bis nach Bari in Italien und von dort mit der Fähre nach Durrës.

Am darauffolgenden Tag besuchten wir das Kinderzentrum „Reze Dielli“ in Peza und wurden dabei wieder mit einem liebevollen Kulturprogramm der Kinder empfangen. Danach überreichten wir jedem Kind ein persönliches Geschenk, die in Deutschland gesammelten Sachspenden, vor allem Spielzeug, Bälle und Schulmaterialien sowie einen Spendenscheck an die Leitung des Kinderzentrums. Damit können für die Kinder, die zu den ärmsten dieser Region gehören, u. a. ein Sommercamp, Therapiebehandlungen und Lernförderprogramme finanziert werden.

Das albanische Kinderzentrum und seine Aktivitäten werden nicht vom Staat unterstützt. Die Leiterin des Zentrums betonte, dass ohne unsere Hilfen seit 2019 das Kinderzentrum nicht mehr existieren würde und die Kinder deutlich weniger gefördert werden könnten. Ebenso beeindruckend ist die Einbindung der Eltern dieser Kinder in das Programm von „Reze Dielli“.

Anschließend verteilten wir in der Nähe des Kinderzentrums Lebensmittelpakete an extrem arme Familien, die immer noch unter dem schweren Erdbeben vom November 2019 zu leiden haben. Sie leben in kaputten Häusern, Containern oder sogar in Zelten. Diese Familien waren für unsere Hilfen und vor allem dafür, dass sie in Europa nicht vergessen werden, sehr dankbar. Insgesamt spendeten wir 30 Lebensmittelpakete. Eine Familie erhält unabhängig von der Anzahl der Kinder eine monatliche Sozialhilfe von 100 € !!!

Danach ging es mit dem Transporter zum Kosovo weiter.

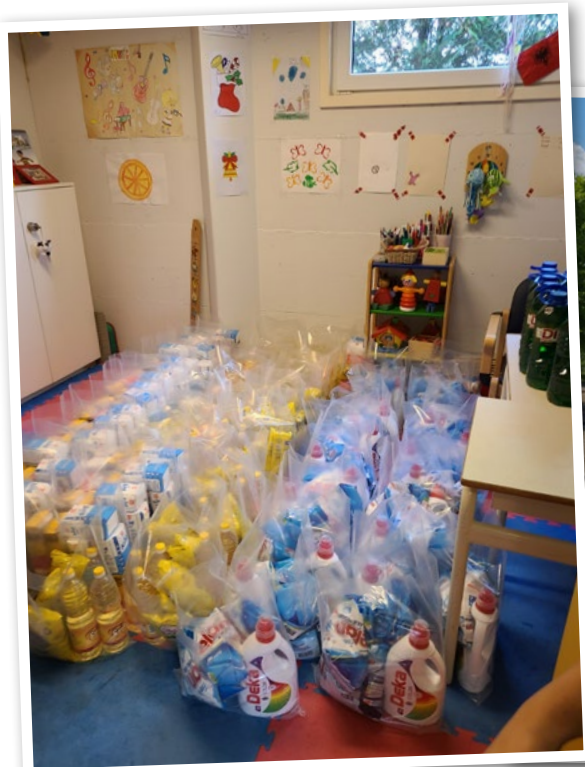
Am darauffolgenden Tag verteilten wir in Fushe Kosove nahe der Hauptstadt Pristina Brennholz an 35 notdürftige Familien sowie 40 Lebensmittelpakete. Des Weiteren wurden für sehr arme Familien, die Paten in Deutschland haben, Lebensmittel und Hygieneartikel eingekauft.

Am Nachmittag wurden die in Deutschland gesammelten Sachspenden in Fushe Kosove übergeben.

Obwohl wir seit vielen Jahren die Armut dort kennen, können wir uns trotzdem nicht mit dieser sozialen Katastrophe abfinden. Wir wissen, dass in Deutschland ca. 3 Millionen Kinder in Armut leben, aber diese ist niemals mit der auf den Westbalkanstaaten vergleichbar. Es ist immer wieder erschütternd, unter welchen elenden Bedingungen die Familien leben müssen. Die Dankbarkeit der Kinder, die sich in emotionalen Umarmungen ausdrückt, trifft uns jedes Mal mitten ins Herz. Auch nach all den Projektreisen: An diesen Zustand können und dürfen wir uns nicht gewöhnen und ihn als normal ansehen. Dass Menschen hier so leben müssen, widerspricht jeglichen Menschenrechten, die vermeintlich in Europa gelten. Es ist für uns eine Schande!

Die Preise für Lebensmittel und Bekleidung sind im Kosovo mindestens genauso hoch wie hier in Deutschland. Trotz gestiegener Gehälter in letzter Zeit für Menschen, die eine Arbeit haben (Durchschnittsgehalt 2024: 780 € brutto) leiden vor allem die Kinder unter der Armut: Die schon geringe Sozialhilfe für ein Kind, welches das 6. Lebensjahr erreicht hat, wird gestrichen.

*Fortsetzung auf Seite 18*



Fotos: Perspektiven für Kinder auf dem Westbalkan e.V.

Das vor zwei Jahren eingeführte Kindergeld beträgt für Kinder bis 2 Jahren 20 €, bis 16 Jahren nur 10 €. Jedoch erhalten viele Familien kein Kindergeld, weil diese nicht in der Lage sind, den Kindergeldantrag online zu stellen.

Der letzte Projekttag begann mit einem Besuch im Büro vom SOS Kinderdorf Kosovo. Dort verlängerten wir vertraglich die Kooperation mit dem SOS Kinderdorf um ein Jahr. Damit können wir 29 Familien mit 110 Kindern und 15 Jugendlichen auf dem Gebiet der Gesundheit und Bildung fördern.

Das SOS Kinderdorf ist für unsere schon seit 5 Jahren bestehende Unterstützung sehr dankbar. Durch sie konnte vielen Familien, vor allem Kindern, aus dem Elend geholfen werden.

Am Nachmittag des letzten Projekttag führten wir ein Gespräch mit den Mitarbeitern vom Down Syndrom Zentrum in Pristina. Da es keine gesetzliche Krankenversicherung im Kosovo gibt, sind die Zentren auf Hilfen vom Staat, von Firmen und vor allem Spenden aus dem Ausland angewiesen. Die Kosten für Behandlungen pro Kind betragen ca. 100 € monatlich. Als kleiner Verein konnten wir trotzdem dem Zentrum einen Spendscheck überreichen.

Wir hätten viel mehr Lebensmittel sowie Brennholz in Fushe Kosovo und Peza ausgeben können, aber die Spenden und unser Zeitbudget reichten nicht aus.

Wir sind allen Spendern sehr dankbar, die mitgeholfen haben, das Leid der Menschen, vor allem der Kinder, etwas zu mildern. Besonders geht der Dank an den „Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e. V.“, an die

sächsische Landtagsfraktion DIE LINKE, den Stadtverband Leipzig, an den Bundestagsabgeordneten Sören Pellmann sowie an Eva Firesch, die in ihrer AG „Senioren“ erneut Spenden einsammeln konnte. Dank geht auch an Petra Ertel, die weiterhin eine Patenschaft über ein krankes Kind in Fushe Kosovo übernimmt.

Besonders strahlende Kinderaugen machten uns den Stress erträglicher.

Nochmals vielen Dank für die humanitäre Hilfe.

Fotos von den Spendenübergaben können auf der Website [www.kinder-westbalkan.de](http://www.kinder-westbalkan.de) betrachtet werden.

Solidarische Grüße  
i. A. Ralph Rüdiger  
(Vereinsvorsitzender)

Fotos: Perspektiven für Kinder auf dem Westbalkan e.V.



## Neumitgliedertreffen

Unsere nächsten Termine:

- **30. August 2024, 18 Uhr - Einladung zu Nachtfostand oder Kneipentour zum Landtagswahlkampf:**  
Die Vorbereitungstreffen dazu finden am 10. Juli 2024 und 14. August 2024 statt.
- **27. September 2024, 18 Uhr - "How to Parteitag – Fokus: Neuwahl Stadtvorstand":**  
Die Vorbereitungstreffen dazu findet am 14. August 2024 und 11. September 2024 statt.

Wir laden alle AGs, Räte, Stadtbezirksverbände, Basisgruppen oder andere Strukturen in unserer Partei ein, mit uns ein Neumitgliedertreffen gemeinsam zu planen, um die Termine mit noch offenem Thema zu füllen. Wir würden das organisatorisch unterstützen, bei der Durchführung helfen und euch gerne auch Hinweisen zur inhaltlichen Ausgestaltung geben.

Unsere AG „trifft“ sich immer am 2. Mittwoch im Monat 19:30 Uhr online über BigBlueButton und bespricht weiteres in einer Telegrammgruppe.

Um eingeladen zu werden, melde dich bitte einfach kurz bei [ag-neumitglieder@die-linke.cloud](mailto:ag-neumitglieder@die-linke.cloud) und wir laden dich mit ein.



3 Bilder aus dem Sommer

*Bild links oben:* Auch im Landtagswahlkampf setzen wir als Leipziger Linke eigene Akzente. So haben wir als Ergänzung zur Plakatkampagne von Die Linke Sachsen drei weitere Motive produziert. Dabei waren für uns die Themen Frieden, Kita und Schulen sowie Miete („Keine Rendite mit unserer Miete“ – nicht im Bild) zentral.

*Bild rechts oben:* Am 22. Juni eröffnete unser Kandidat im Wahlkreis 25 (Leipzig Mitte-Ost) seinen Landtagswahlkampf mit einer Stadtteilversammlung, an welcher sich hunderte Menschen beteiligten. Nam Duy Nguyen und andere sprachen dabei über Probleme, die die Menschen in ihrem Alltag herausfordern. Denn er möchte seine Schwerpunkte im Gespräch mit den Menschen entwickeln, für die und mit denen er als Abgeordneter Politik machen möchte. Die wichtigsten Anliegen der Menschen sind: ein bezahlbarer Wocheneinkauf, bezahlbare Mieten und kostenloser, gut ausgebauter ÖPNV. Es kamen vor allem die Bewohner des Wahlkreises selbst zu Wort – denn sie entscheiden gemeinsam, welche Lösungen es braucht.

*Bild rechts unten:* Seit Beginn des Kommunalwahlkampfes stehen die GenossInnen von Die Linke Leipzig Alt-West gemeinsam mit der Linksjugend immer montags auf dem Lindenauer Markt und verteilt mit dem Abgeordneten Marco Böhme kostenlos veganes Essen. Damit wollen wir nicht nur Essen verteilen, sondern auch die Nachbarschaft zusammenbringen. Essen gegen die Spaltung. Unterschriften für unser Bürgerbegehren zum kostenfreien Mittagessen werden dabei auch gesammelt. Die Aktion soll auch nach dem 1. September fortgesetzt werden.



Fotos: Kay Kamieth



# Ohne Obdach, ohne Schutz.

Schuld ist niemals der Mensch.

**Do., 29.08., 17 Uhr**  
Bühne im Lene-Voigt-Park

Informationsveranstaltung  
zum Thema Wohnungslosigkeit  
und Küche für alle, **kostenfrei**.



## kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Nonstop-Wahlkampf:** Ob Nachtfostand, Transpiaktion, Paddel- oder Kneipentourvbis zum Wahlsonntag am 1. September wollen wir nochmal richtig los legen und unter dem Motto „Alles muss raus!“ auffallen um jeden Preis. Falls Du Ideen dafür hast oder weißt, was in deinem Wahlkreis so geplant wird, sag uns Bescheid. Bilder zur Veröffentlichung über unsere Social-Media Kanäle an [kay.kamieth@dielinke-leipzig.de](mailto:kay.kamieth@dielinke-leipzig.de).
- **Wahlparty:** Am Abend des Wahltages werden wir ab 17:30 Uhr beim offiziellen Wahlabend der Leipziger Stadtverwaltung in der Wandelhalle des Neuen Rathauses präsent sein. Ebenfalls finden Wahlpartys im DUQO vom Team Nam und in unseren verschiedenen Abgeordnetenbüros von Marco und Jule statt.
- **Weiterentwicklung der Redaktionsgruppe:** Wir sind stolz darauf und froh, dass wir als Stadtverband seit vielen Jahren in einer monatlichen Taktung unser Mitteilungsblatt (MIB) in dieser Form publizieren können. Viel Herzblut, Engagement und unzählige ehrenamtliche Stunden - meist an Wochenenden bzw. in Früh- oder Abendstunden - steck(t)en dazu bisher maßgeblich von Einzelpersonen in der Erstellung darin. Um die Last auf breitere Schultern zu verteilen und wichtige Kompetenzen (weiter) zu entwickeln, suchen wir daher interessierte Menschen, die bei der Konzeption, Redaktion und Gestaltung mitwirken möchten. Du hast Interesse? Dann melde dich bei: [johannes.schmidt@dielinke-leipzig.de](mailto:johannes.schmidt@dielinke-leipzig.de)

**Gysi kommt:****Di., 27. 08., 16 Uhr**  
Lindenauer Markt**Für ein  
friedliches  
und sozial  
gerechtes  
Sachsen!****Friedensfest:****Sa., 31.08., 17 Uhr**  
Kleiner Wilhelm-Leuschner-Platz**Die Linke**

www.dielinke-leipzig.de

**Hand in Hand Demonstration****Wann:** So., 25. August 14:00 Uhr  
**Wo:** Augustusplatz

In ganz Deutschland gehen Menschen am 25. August 2024 gemeinsam unter dem Motto „Rechtsextremismus stoppen – Demokratie verteidigen“ auf die Straße. Auch wir Linke werden daran teilnehmen und zeigen, dass wir mehr sind, die sich für die Demokratie und eine vielfältige Gesellschaft einsetzen. Wir lassen nicht zu, dass die Landtagswahlen von Hass und Hetze und rechtsextremen Ideologien dominiert werden.

**Gysi kommt!****Wann:** Di., 27. August 16:00 Uhr  
**Wo:** Lindenauer Markt

Während die Ampelregierung in Berlin streitet, bei den Ärmsten spart und gleichzeitig die Bundeswehr aufrüstet, wird Die Linke mehr gebraucht denn je. Als antifaschistische Kraft, als Partei für bezahlbares Wohnen und als die einzige verlässliche Stimme, die Kapitalismus und Profitstreben etwas entgegenhält. Schlagfertig, pointiert, lebensklug spricht Gregor Gysi darüber, wie es ist, wie es sein sollte und wie wir gemeinsam die Gesellschaft verändern können.

**Ohne Obdach, ohne Schutz  
Schuld ist niemals der Mensch.****Wann:** Do., 29. August 16:00 Uhr  
**Wo:** An der "Freilicht-Bühne"  
im Lene-Voigt-Park

Informationsveranstaltung zum Thema Wohnungslosigkeit und Küche für alle, kostenfrei.

**Roter Freitag: Demokratie gegen  
den Staat: Staatsvorstellungen  
des jungen Karl Marx.****Wann:** Freitag, 30. August 18:00 Uhr  
**Wo:** Braustraße 15, 04107 Leipzig

Aller Anfang ist nicht leicht. Und die Schriften von Karl Marx sind sicherlich ein großer Schritt. In diesem Seminar wollen wir erste Schritte wagen und philosophische Textauszüge des jüngeren Marx zum Thema "Was ist der Staat?" behandeln. Der Leitspruch der Aufklärung, den Mut zu haben, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, hat nichts an seiner Aktualität verloren. Ziel des Seminars ist es, zum Nachdenken darüber anzuregen, wie wir eigentlich politisch Denken und wie wir uns unsere Urteile kritisch bilden. Wir möchten diesen ersten Schritt gemeinsam gehen, wissend, dass unsere gemeinsamen Gedanken und Analysen das Verständnis des Einzelnen bereichern.

Anmeldungen bitte an:

[christian.annecke@dielinke-leipzig.de](mailto:christian.annecke@dielinke-leipzig.de)**Frieden schaffen - Aufrüstung stoppen!****Wann:** Sa., 31. August 17:00 Uhr  
**Wo:** Kleiner Wilhelm-Leuschner-Platz (Innenstadtseite)

In einer Zeit, in der die Kriegsgefahr hoch ist und die Ampel-Regierung eine noch nie dagewesene militärische Aufrüstung und Kriegsbereitschaft vorantreibt, beziehen wir als Die Linke klare Positionen für Frieden und Abrüstung. Wir stellen uns den gegenwärtigen Forderungen von Steigerung der „Kriegstüchtigkeit“ und Maßnahmen zur Kriegsmobilisierung vehement entgegen.

Das Gebot der Stunde ist, sich mit und in den Gewerkschaften, Betrieben und sozialen Bewegungen gegen Krieg, für Frieden und bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse zu engagieren – und gleichzeitig darauf hinzuwirken, dass die grundsätzlichen Widersprüche des Kapitalismus beendet werden. Wenn das Kapital die Welt aufteilt, dann sind wir die Nachkommen dieser waghalsigen Unternehmungen und das heißt für uns: Frieden kostet Mut, Kriege kosten Leben.

**Volleyball-Turnier 2024 -  
Ein Ball, ein Netz, Die Linke.****Wann:** Sa., 5. Oktober 2024 9:00 Uhr  
**Wo:** Sporthalle J.-Hegenbarth-Schule in der Thierschstraße 5

**Teilnahmekriterien:** Turnier für Hobby-Volleyballspieler\*innen, ein Team besteht aus mindestens 6 Mitgliedern, mindestens zwei weiblich gelesene Personen befinden sich auf dem Spielfeld, maximal 12 Mannschaften können teilnehmen, die Reihenfolge der Anmeldung entscheidet über die Teilnahme, wenn sich mehr als 12 Teams melden.

**Anmeldung:** <https://gleft.de/5HQ>  
und [volleyball@die-linke.cloud](mailto:volleyball@die-linke.cloud)**Regelmäßige Termine****Stadtvorstand****Wann:** 2. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr  
(Nächster Termin: 10. September)  
**Wo:** Liebknecht-Haus, Braustraße 15  
und online per BigBlueButton.

Der Stadtvorstand von Die Linke Leipzig ist zwischen der Parteitage das höchste Gremium des Stadtverbandes. Er trifft sich jeden Monat parteiöffentlich. Diese Treffen finden hybrid statt. Auf Nachfrage in unserer täglich besetzten Geschäftsstelle werden die Infos zu den Treffen gern zur Verfügung gestellt (Kontakt Daten siehe Impressum unten).

**Beratung der Ortsvorsitzenden  
und AG-SprecherInnen****Wann:** 3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr  
(Nächster Termin: 17. September)  
**Wo:** Liebknecht-Haus, Braustraße 15  
und online per BigBlueButton.

Der Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der AGs dient dem Austausch zwischen Stadtvorstand und organisierter Basis bzw. interessierten Mitgliedern. Sie findet ebenfalls hybrid statt und ist für GenossInnen öffentlich. Wer dazu eingeladen werden möchte, sollte in unserer Geschäftsstelle Bescheid geben. (Kontakt Daten siehe Impressum unten).

## Impressum

**Herausgeberin:**

Stadtvorstand Die Linke Leipzig  
Braustraße 15, 04107 Leipzig  
Fon: 0341 - 14 06 44 11  
Fax: 0341 - 14 06 44 18  
Web: [www.dielinke-leipzig.de](http://www.dielinke-leipzig.de)  
Mail: [vorstand@die-linke-in-leipzig.de](mailto:vorstand@die-linke-in-leipzig.de)  
Spenden: Sparkasse Leipzig  
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20  
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

**Redaktion:** Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Adam Bednarsky  
**Gestaltung:** Johannes Schmidt  
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im September 2024. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 02.09., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.